E 2814
Nr. 6
Dezember 2015
Jahrgang 64

M Menschen Machen Medien

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift

Flucht und Medien

In eigener Sache
Zukunft jetzt – M digital!

Spardiktat à la Madsack
Rigide Streichvorgaben an der Ostsee-Küste

Unabhängig in Belarus
Signal von Belsat kommt aus Warschau

Freienrechte stärken – jetzt!

Von Cornelia Haß | Das Urhebervertragsrecht sieht seit 2002 einen Anspruch auf angemessene Honorare für Kreative vor. Das heißt, Journalistinnen, Autoren, Übersetzerinnen, Fotografen, Filmschaffende, sie alle können sich auf ein Gesetz berufen, das ihre Honorare sichert. Angemessene Honorare legen die Sozialpartner in Tarifverträgen oder gemeinsamen Vergütungsregeln fest, ver.di hat zum Beispiel mit den Zeitungsverlegern Honorarsätze für Freie vereinbart, die für Tageszeitungen arbeiten. Soweit, so gut. Nur: Dieses Geld wird vielfach nicht gezahlt, denn die Verlage ignorieren die gesetzliche Pflicht zur angemessen Honorierung. Wer seinen Rechtsanspruch einklagen will, bekommt halt keine Aufträge mehr. Dem soll eine Reform des Urhebervertragsrechts entgegen wirken, die unter anderem die Freien durch ein Verbandsklagerecht vor dem im Gesetzentwurf so genannten „blacklisting" schützen soll.

Nun laufen die Verlegerverbände BDZV und VDZ gegen den vom Bundesjustizminister Heiko Maas vorgelegten Entwurf Sturm und monieren, dieser könnte sie wirtschaftlich ruinieren. Außerdem gehe er von einer „fehlenden Augenhöhe von Urhebern und Werkmittlern aus, ohne hierfür eine empirische Grundlage erkennen zu lassen", so heißt es in einer Erklärung der Tageszeitungs- und Zeitschriftenverleger. Angewandte Empirie: Man muss einfach mal fragen, wo Gemeinsame Vergütungsregeln angewandt werden. Diesen Verlagen mit Seltenheitswert entstehen übrigens keine Mehrkosten, wenn die Pläne von Maas zur Urhebervertragsrechtsreform umgesetzt werden. Aber Verlage, die meinen, freie Journalistinnen und Journalisten pauschal mit fünf Euro für einen Artikel abspeisen zu können, könnten künftig effektiver zur Fairness gezwungen werden.

Das ist richtig so und es ist allerhöchste Zeit: Dem rechtswidrigen Treiben der Verlage muss endlich ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden und das geht nur, indem die Rechte der Freien, so wie Maas es jetzt plant, gestärkt werden. Diese Stärkung ist den Verlegerverbänden ein Dorn im Auge und zeigt, wie weit sich deren Augenmerk von einem guten Miteinander mit Freien, von Recht und Gesetz und Verständnis für die wirtschaftliche Situation ihrer Autorinnen und Autoren entfernt hat. Stattdessen sparen sie auf Kosten der Freien. Mit gleicher Augenhöhe hat das nichts zu tun, sondern ausschließlich mit der Höhe ihrer Renditen.

Karikatur: toonpool/Schwarwel

Auf ein Wort

TITEL
FLUCHT UND MEDIEN

8 **Mediale Balance in der „Willkommenskultur"**
Von Günter Herkel
10 **Falsche Metapher**
Konstantina Vassiliou-Enz über die Notwendigkeit einer präzisen Sprache in der Einwanderungsgesellschaft
12 **Kaum Anerkennung**
Unterstützung für geflüchtete Journalisten in Deutschland
13 **Medienangebote für Flüchtlinge**

IN EIGENER SACHE

4 **Zukunft jetzt – M digital!**
5 **Online-Aufschlag im Januar**
Manfred Kloiber zur neuen ver.di-Publikation für Medienschaffende
5 **Fertigstellung termingerecht**

AKTUELL

6 **Shit & Candy: Die neue Währung für den Journalismus?**
Journalistentag am 23. Januar 2016 in Berlin
6 **DOK Leipzig: Griechischer Film gewinnt ver.di-Preis**
6 **LiMA 2016: #hegemoniehacken**
6 **Blick ins Jahr 2025**
Schülerwettbewerb: „Wie willst du dich morgen informieren?"
7 **dju fordert 5 Prozent mehr**
Tarifverhandlungen für Zeitungsjournalisten 2016

TARIFE + BERUF

14 **Gegenverkehr in der Einbahnstraße**
Studie untersucht Autoritätsverslust der Medien
14 **Fotojournalisten: arm aber zufrieden**
15 **Hakelige Tarifverhandlungen**
Tarifkampf im Rundfunk in Zeiten von Rentenstreit und stagnierenden Budgets
16 **Bürgerjournalismus reloaded**
Wie Correkt!v und die FAZ zusammen mit Bürgern investigativ recherchieren wollen
18 **Bessere Verträge für freie dpa-Journalisten**
Regelungen werden mit jedem Fotografen einzeln abgeschlossen

18 **Neue Tarifverhandlungen für Film- und Fernsehschaffende**
ver.di fordert mehr Lohn und bessere Regelungen der Arbeitszeit
19 **Start der Tarifrunde in den CinemaxX-Kinos**
19 **Schon entdeckt? Harburger Blatt**
26 **Beschwerden unbegründet**
Foto des toten Flüchtlingskindes – ein Dokument der Zeitgeschichte
26 **Tarifrunde für Filmschaffende**
26 **Buchtipp: Auf der Flucht**

MEDIEN + WIRTSCHAFT

20 **Spiegel im Umbaumodus**
Massiver Stellenabbau im Print-Magazin und neue Online-Projekte
20 **Abendzeitung im Aufwind**
Wieder mehr Mitarbeiter für ein erweitertes Angebot
21 **Spardiktat à la Madsack**
Redaktionen schrumpfen, Einheitsseiten kommen aus der Zentralredaktion, Lokales bleibt auf der Strecke
22 **Kampf um Onlinewerbung**
Verlage wehren sich gegen Adblocker – vor Gericht und direkt im Browser
23 **Scheinselbstständigkeit?**
Funke-Mediengruppe stellt „Arbeitsverhältnisse" ihrer Freien auf den Prüfstand

MEDIEN + POLITIK

24 **Überwachungsgesetz**
Bundesrat für Vorratsdatenspeicherung – Verfassungsklagen in Vorbereitung
24 **dju fordert bessere Bezahlung**
Hessischer Landtag setzt sich für Qualitätsjournalismus ein

MEDIEN + RECHT

25 **Pro und contra Auskunftsrecht**
Entscheidung des Verfassungsgerichts zeigt: Bundespressegesetz muss her
25 **Hunderttausendfache Verletzung von Urheberrechten**
Prozess gegen Raubkopien-Portal Kinox.to begann in Leipzig

MEDIEN + INTERNATIONAL

27 **Unabhängig in Belarus**
Belsat sendet aus Warschau mit Unterstützung Polens und der EU
28 **Mord auf offener Straße**
Guatemala: Gewaltakte gegen Journalisten bleiben ungeahndet
29 **Fairness für Kreative**
UNI-MEI: Generalversammlung in Lissabon
29 **Aktion für Santosh Yadav, Indien**

LEUTE/IMPRESSUM

30 **Leute**
30 **Impressum**

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter: http://mmm.verdi.de/service

Grafik: Hermann Haubrich

Editorial

Foto: Christian v. Polentz

Weihnachtliche Wirklichkeit

„Ein Buch kann man weglegen, die Wirklichkeit nicht", sagt Karim El-Garwhary zu seinem Buch „Auf der Flucht" (S. 26). In Reportagen werden die Schicksale von Flüchtlingen geschildert – eine für uns nur schwer vorstellbare Wirklichkeit. Aber sie ist die Ursache für tausendfaches Hilfeersuchen in Deutschland, mit dem viele derzeit direkt – vor Ort, mitunter persönlich – konfrontiert werden. Wir nehmen wahr, was die Medien vermitteln, erklären, bebildern – seit Monaten das beherrschende innenpolitische Thema. „Nicht immer wird die notwendige Balance zwischen unreflektierter Willkommenskultur und vorurteilsgeladenem Alarmismus gefunden", heißt es in der aktuellen M-Titelgeschichte (S. 8–13). Es ist der Versuch einer Zusammenfassung und Einordnung der Berichterstattung, deren wichtigstes Instrument neben den Bildern die Worte sind. Über die Notwendigkeit einer präzisen Sprache in der Einwanderungsgesellschaft sprach M deshalb mit Konstantina Vassiliou-Enz von den Neuen Deutschen Medienmachern.

Auch medien- und tarifpolitisch war das Jahr 2015 ein spannendes und ereignisreiches. Bei der Reform des Urhebervertragsrechts gibt es ein Vorwärtskommen (S.2), bei der Vorratsdatenspeicherung eher einen Rückschritt (S.24), um nur zwei Beispiele zu nennen. Die Tarifabschlüsse im öffentlich-rechtlichen Rundfunk weisen ein Plus aus, während die ARD-weiten Verhandlungen für die Altersversorgung angeschoben wurden (S.15). Gestartet sind die Tarifverhandlungen für Film- und Fernsehschaffende sowie für die CinemaxX-Kinos. Die Tarifkommission der dju hat noch im November die Tarifrunde für Zeitungsjournalistinnen und -journalisten eingeläutet (S.7). Der Journalistentag 2016 „Shit&Candy" steht. Erste Anmeldungen für den 23. Januar sind bereits eingegangen (S. 6).

Auf Hochtouren laufen bis Jahresende die Vorbereitungen für den Start der digitalen M Anfang Januar. Ihr Trumpf: Aktualität! Es lohnt sicher, öfter drauf zu klicken – und auch die eigene Meinung kundzutun, mit Kritik nicht hinterm Berg zu halten! Dazu wird es thematische Print-Magazine viermal im Jahr geben (S. 4–5) Wir haben also alle zusammen viel vor 2016! Die Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern besinnliche Weihnachtstage und einen schönen Jahresausklang!

Karin Wenk, verantwortliche Redakteurin

Karikatur: Reinhard Alff

Zukunft jetzt – M digital!

2016 wird M vor allem im Netz zu lesen sein – aktuell, interessant, dialogbereit

M wird digital! Warum, weil es jeder tut? Nein – zu trivial, lediglich dem Trend zu folgen. Weil Papier out ist? Nein – Prognosen vom baldigen Ende des gedruckten Journalismus haben sich bisher nicht bestätigt. Die Aktualität von Nachrichten, die Anreicherung mit mehr Informationen als es der Platz auf Papier zulässt, die Ergänzung durch Bewegtbilder, die direkte Möglichkeit des aktiven Austausches mit den Mediennacher_innen ... Das lockt die Mediennutzer_innen ins Netz. Darin liegen nicht zuletzt auch Chancen für einen qualitativ hochwertigen Journalismus. Deshalb wird M 2016 digital – die Medienzeitschrift von ver.di, die für Gewerkschafter_innen in der Medienbranche herausgegeben wird!

Aber damit nicht genug: *„M Menschen Machen Medien"* wird neben dem aktuellen und meinungsstarken Online-Auftritt mit einem neuen modernen Printangebot aufwarten. Viermal im Jahr erscheint ein Magazin mit Analysen und Hintergrundinformationen zu einem brennenden Medien-Thema. Online und Print sollen sich optimal ergänzen, um unsere Leser_innen aktuell und umfassend zu informieren. Verschiedene zusätzliche Rubriken geben Raum für wichtige tarifpolitische Nachrichten, gewerkschaftspolitische Hinweise oder einfach Interessantes aus dem beruflichen Alltag. Und mehr dazu gibt es dann wiederum auf der Website.

Im Fokus von M-Online werden aktuelle wichtige Themen aus der Medienwirtschaft sowie aus der Berufs- und Medienpolitik stehen – ergänzt durch weitere aktuelle Nachrichten und Berichte. Themen, die uns als Gewerkschafter_innen in der Medienbranche bewegen, gibt es genug: den Tarifkampf, die Digitale Transformation der Unternehmen, die Frage nach Finanzierung von Journalismus, die Netzpolitik, das Urheberrecht, die Pressefreiheit ... – und wir wissen, dass letztlich alles mit allem zusammenhängt! Ein großes Aufgabenfeld für die dju und die Fachgruppe Medien in ver.di, über das *M Menschen Machen Medien* berichten wird.

Ein Hingucker auf der Website wird die Box mit dem Anriss für ein interessantes Dossier, eine Reportage oder auch des Schwerpunktthemas der letzten Print-Ausgabe sein. Breit bemessen der Platz für Meinungsbeiträge: Kommentare, Kolumnen, Essays, Satire ... Es folgen die Ressorts Tarife&Honorare, Beruf, Medienwirtschaft, Medienpolitik, Recht, International, Gewerkschaft – bestückt mit aktuellen Artikeln, Interviews, Porträts. Diese Ressorts können auch über die Navigation oben auf der Startseite angeklickt werden. Neben aussagekräftigen Fotos sollen künftig auch Videos die Artikel bereichern oder selbst Themen setzen.

Der Service nimmt nach wie vor in der M einen großen Stellenwert ein. Deshalb können die Übersichten der Seminar- und Veranstaltungsangebote sowie die vielinteressierenden Personality-Nachrichten direkt in der zentralen Navigation angesteuert werden. Neugierige klicken hoffentlich den Button „Forum" an und sind zunächst – enttäuscht! Das soll jedoch nicht von allzu langer Dauer sein, denn hier wird die M-Redaktion Diskussions-Foren organisieren. Themenvorschläge dafür sind willkommen!

Jeder aktuelle Beitrag kann kommentiert werden. Dazu müssen sich die Leser_innen mit der E-Mail-Adresse anmelden, Klarnamen sind erwünscht, die Netiquette sollte eingehalten werden! Jederzeit können auch Kritik und Anregungen an die Redaktions-Adresse: redaktion-m@verdi.de gesendet werden. Auch verschlüsselte Mails sind möglich!

Die Redaktion ist davon überzeugt, dass es sich lohnt, die M-Website mehrfach in der Woche anzuklicken, um neue Beiträge nicht zu verpassen! Zu empfehlen ist zudem, den Newsletter zu abonnieren. Er wird 14-tägig versandt und auf die letzten aktuellen Artikel hinweisen. Natürlich gibt es auch den RSS-Feed. M wird über Twitter erreichbar sein und über die Facebook-Seite der dju www.facebook.com/dju.verdi

Was erhalten bleibt ist die Webadresse: http://mmm.verdi.de – ab 4. Januar 2016 also mit M-Online in frischem Outfit!

Karin Wenk, verantwortliche M-Redakteurin ■

Online-Aufschlag im Januar

Manfred Kloiber zur neuen ver.di-Publikation für Medienschaffende

Foto: ver.di / Murat Tueremis

Manfred Kloiber, Vorsitzender des Bundesverbandes der Fachgruppe Medien

M | Was hat den Ausschlag gegeben für die Fachgruppen Medien, M künftig vor allem im Netz zu publizieren?
Manfred Kloiber | Uff, jetzt muss ich höllisch aufpassen. Üblicherweise fangen ja viele Strategen in den Medienhäusern an rumzueiern, wenn die Frage nach *DER* Online-Strategie gestellt wird. Aber: M muss weder online noch als Printversion Geld einspielen und das Team von M muss sich keine Gedanken darüber machen, mit welchen Online-Schnick-Schnack es die werberelevante Zielgruppe erreicht. ver.di leistet sich einfach seine medienpolitische Publikation M. Das ist komfortabel und stärkt die Unabhängigkeit der Redaktion. Wir sehen, wie auch unsere Kolleginnen und Kollegen immer stärker für und im Netz arbeiten. Sie beschaffen sich ihre Informationen aus allen Quellen und mit allen Geräten, die ihnen zur Verfügung stehen – analog und digital, beruflich und privat. M soll sichtbar sein – im Netz mit aktuellen, gut recherchierten und relevanten News aus der medienpolitischen Szene. Auf Papier mit hochqualitativem, fundierten und meinungsstarken Hintergrund. Ich finde, das ist eine Strategie, oder?

Aber es gab auch Argumente gegen eine M-Online?
Die Antwort fällt mir ein wenig schwer, weil wir ja in der Fachgruppe Medien eine sehr konstruktive und wichtige Diskussion genau über diese Frage hatten. Und ich gehörte zu der „No Print" Fraktion. Anfangs warb ich dafür, alle publizistische Kraft (und natürlich auch die Mittel) in eine umfassende Online-Plattform zu stecken, die nicht nur mit aktuellen Beiträgen und News journalistisch stark ist, sondern auch mit Essays, Dokumentationen und Dossiers publizistisch glänzt. Meine Kolleg_innen haben mich davon überzeugt, dass Print gerade für die tiefgehende medienpolitische Diskussion ein gutes, nachhaltiges und hochwertiges Medium ist. Deshalb wird das Netz unser Hauptmedium für das redaktionelle Brot- und Butter-Geschäft und die schönsten Perlen drucken wir zusätzlich auf Papier.

Und keine Sorge, dass M im Netz untergeht?
Ich weiß nicht, ob unser Konzept aufgeht. Was ich weiß: Wir haben ein super Team in der Redaktion, dass nicht nur geballte medienpolitische Kompetenz mitbringt, sondern auch die viel beschworene Medien-Konvergenz quasi in sich verkörpert – Blogger, Netzjournalisten, Zeitungs-, Radio- und Fernsehmacher_innen. Darüber hinaus: ver.di ist die größte Interessenvertretung von Medienschaffenden in Deutschland, sogar in Europa. Das sind fast 40.000 Mitglieder im Journalismus und bei Radio, Film und Fernsehen. Insgesamt sind bei ver.di rund 2.000.000 politisch – auch medienpolitisch – interessierte Menschen organisiert. Da ist es klar, dass wir die Szene nicht nur sehr kritisch begleiten, sondern auch klare Positionen für unsere Mitglieder beziehen. Ich finde, das sind tolle Voraussetzungen, dass M nicht unter-, sondern abgeht.

Fragen: Karin Wenk ■

Fertigstellung termingerecht

Die „Entwicklungs- und Aufbau-Redaktion im Schaffensprozess" könnte der Titel dieses Bildes sein. Die immense Arbeit, die seit mehr als einem Jahr viele ehrenamtliche Aktive in die Vorbereitung der neuen M-Publikation 2016 gesteckt haben, wird es nur unzureichend dokumentieren.

Foto: Martha Richards

Sämtliche Vorschläge wurden in einer sehr konstruktiv arbeitenden AG-Online über Monate diskutiert und entschieden, den Vorständen der Fachgruppe Medien und der dju zur Billigung vorgelegt. Zu den gemeinsamen Entscheidungen gehört auch die für die Webagentur „Palasthotel – Gesellschaft für digitale Pracht GmbH", die unsere Website designed und programmiert. Nun haben wir es punktgenau zu einem sehenswerten Online-Produkt gebracht!

Allen Mitstreiter_innen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Monique Hofmann (Web-Editorin bei ver.di und freie Journalistin, Foto 2.v.l.) und **Helma Nehrlich** (freie Journalistin, 3.v.l.) werden künftig gemeinsam mit der verantwortlichen Redakteurin **Karin Wenk** (Mitte) ab dem 4. Januar 2016 vor allem die aktuelle Arbeit der M-Online stemmen. **Stephan Kolbe** und **Astrid Sauermann** werden als freie Journalist/innen weiter in der Redaktion mitarbeiten. ■

Shit & Candy: Die neue Währung für den Journalismus?

Journalistentag der dju in ver.di am 23. Januar 2016 in Berlin

Unter der Überschrift „Shit&Candy - Die neue Währung für den Journalismus" geht es am 23. Januar 2016 in Berlin mit dem Netzjournalisten Richard Gutjahr, Frank Rieger vom Chaos Computer Club, Maria Exner von Zeit Online und zahlreichen weiteren Gästen um die Zukunftsfähigkeit digitaler Geschäftsmodelle, um Chancen und Risiken, die sich aus der neuen digitalen Öffentlichkeit und vor allem aus den Datenmengen, die wir mit jedem Klick und Like und Share hinterlassen, für den Journalismus ergeben. Auch diesmal stellt die Abschlussklasse der Deutschen Journalistenschule ihren zum Thema produzierten Film vor.

Dabei soll es jedoch auch darum gehen, wie sich die Digitalisierung auf den Journalismus als Beruf auswirkt: Dazu geben Blattmacher von Regionalzeitungen einen Einblick in ihre sich wandelnde Berufspraxis und formulieren ihre Anforderungen an die Gestaltung journalistischer Arbeit der Zukunft.

Welche Auswirkungen haben das sich ändernde Medienkonsumverhalten und der Journalismus unter neuen Bedingungen, die immer schnellere Reaktionen sowie den Dialog mit dem Publikum erforderlich machen, auf die Gesellschaft? Dieser und anderen Fragen geht Prof. Dr . Ayad Al Ani vom Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft in Berlin nach.

Vollständiges Programm und Anmeldung: **https://dju.verdi.de/journalistentag**

DOK-Festival in Leipzig: Griechischer Film gewinnt ver.di-Preis

Die fünfköpfige ver.di-Jury wählte aus den zwölf Beiträgen des Internationalen Wettbewerbs auf dem Leipziger Festivals für Dokumentar- und Animationsfilm DOK den Film „O pio makris dromos" (The Longest Run) von Marianna Economou aus, weil er gleichzeitig brandaktuell und zeitlos ist. Die Gewinnerfilme des ver.di-Dokumentarfilmpreises sollen den Mitgliedern zukünftig besser zugänglich gemacht werden. Eine Vorführung mit Regiegespräch von „The Longest Run" ist für das nächste Jahr in Planung.
Mehr zum ver.di-Preisträgerfilm 2015: **https://mmm.verdi.de/aktuell-notiert/2015/dok-leipzig-griechischer-film-gewinnt-ver-di-preis**

Foto: DOK Leipzig

Ulrike Werner (Jury), Martin Lippert (Jury), Marianna Economou (Preisträgerin), Gundula Lasch (Jury) und Jürgen Kautz (Jury) – (v.l.n.r.)

LiMA 2016: #hegemoniehacken

Auch 2016 wird es zwei LiMA-Wochen geben! Die erste wird vom 15. bis 19. März 2016 in Berlin stattfinden mit einem klassisch hochwertigen Weiterbildungsprogramm.
Im September dann die zweite mit einer Mischung aus Workshops, Diskussionsrunden, Vorträgen und Kunstaktionen. Die LiMA-Wochen vermitteln Handwerkszeug für Medienschaffende/ -nutzende und diskutieren Fragen zur aktuellen Medienlandschaft, zum journalistischen Alltag und zur medialen Meinungsbildung.
Motto 2016 ist #hegemoniehacken. Ab Mitte Dezember wird es ein vorläufiges Programm geben und die Möglichkeit Tickets zu kaufen.

www.linkemedienakademie.de

Blick ins Jahr 2025

Schülerwettbewerb: „Wie willst du dich morgen informieren?"

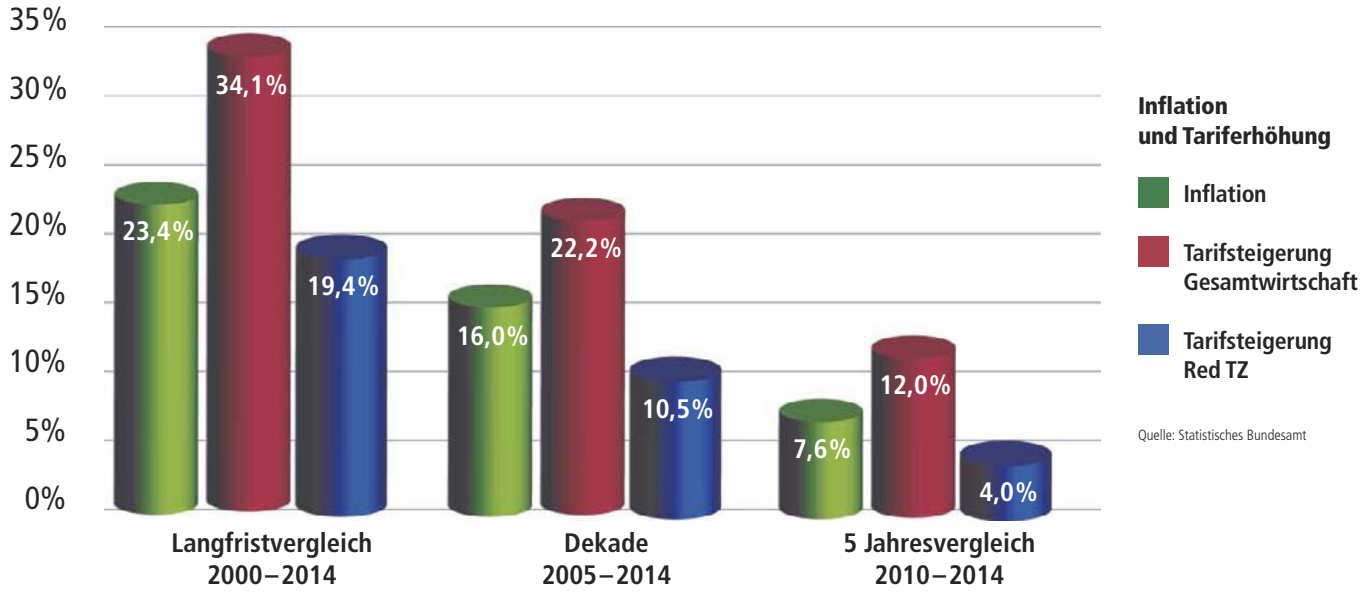
Die Preisverleihung der Nationalen Initiative Printmedien mit ihrer Schutzherrin, der Kulturstaatsministerin im Kanzleramt Monika Grütters, fand dieses Jahr „außer Haus" statt, nämlich im Martin-Gropius-Bau gegenüber dem Berliner Abgeordnetenhaus.

Wie groß die Liebe zur guten Zeitung sein kann, schilderte Grütters in ihrer Rede mit einem Zitat aus der Thomas-Bernhard-Erzählung „Wittgensteins Neffe", in der zwei Freunde hunderte Kilometer durchs Land fahren, um eine „Neue Zürcher Zeitung" aufzutreiben. Den Spruch „Kein Geistesmensch kann es aushalten, wo es keine NZZ gibt" münzte sie kurzerhand um in „Kein Geistesmensch kann es aushalten, wo es kein W-LAN gibt, um sich eine gute Zeitung oder Zeitschrift herunterzuladen". Denn wichtig sei nicht der Kanal, sondern der Inhalt in journalistischer Qualität.

Vier Preise gab es in diesem Jahr für den Blick in unsere mögliche Medienzukunft:
Erster Platz: Schülerinnen und Schüler der Höheren Berufsfachschule Soziales „Julius-Wegeler-Schule" (Klassenstufe 14a) aus Koblenz mit der Einsendung „TRIXY": Eine Brille, die Nachrichten in das Sichtfeld des Trägers projizieren kann. Dazu produzierte die Klasse Videos mit zahlreichen weiteren Ideen.
Zweiter Platz (Nr.1): Schülerinnen und Schüler der Klasse 9b des Engelsburg-Gymnasiums aus Kassel mit dem Wettbewerbsbeitrag „Kopfkino Zukunftsgedanken 2015". Das Video zeigt als Rahmenhandlung eine Familie im Jahr 2015, die über Informationsmöglichkeiten im Jahr 2025 nachdenkt. Zweiter Platz (Nr. 2): Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 7/8 des „Gymnasium Tegernsee" in Bayern mit einem selbst produzierten Buch und Video.
Dritter Platz: Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 10 der „Staatlichen Berufsschule Lichtenfels" mit ihrer crossmedialen Einsendung. Dabei werden 400 Mitschüler befragt, anhand der Auswertung wurde ein kreatives Gesellschaftsspiel entwickelt. **sus** ■

dju fordert 5 Prozent mehr

Tarifverhandlungen für Zeitungsjournalisten 2016



Quelle: Statistisches Bundesamt

Ist es unverschämt, für Zeitungsjournalistinnen- und journalisten 2016 eine Tariferhöhung von 5 Prozent zu fordern und für Kolleginnen und Kollegen mit wenigen Berufsjahren eine stärkere Anhebung der Gehälter von mindestens 200 Euro monatlich? Die dju-Tarifkommission meint: Nein!

Zeitungsjournalisten haben zu wenig Gehaltsplus in den letzten Jahren erhalten. Insgesamt liegt die Gehaltserhöhung hinter der Inflation und weit hinter der durchschnittlichen Tarifentwicklung aller Branchen zurück. Neueingestellte Kolleginnen und Kollegen erhalten jedes Jahr geringere Jahresleistungen und Urlaubsgeld. Für die Redaktionen in Norddeutschland gilt seit 2014 generell ein abgesenktes Weihnachts- und Urlaubsgeld. Pauschalisten in Zeitungsredaktionen und Text-/Foto-Freie haben geringe Jahreseinkommen, jedenfalls aus ihren Zeitungs-Aufträgen. Gleichzeitig sind Redaktionen auf die Mitarbeit von Freien angewiesen. Enthaltsamkeit führt in die falsche Richtung, nur wenn Freie auch an der Tarifentwicklung teilhaben, können sich auch Profis leisten, für Zeitungen zu arbeiten. Pauschalisten müssen effektive Erhöhungen bekommen.

Zum Ende 2015 sind die Tarifverträge über die Gehälter und Honorare gekündigt. Über diese und die Forderungen der dju in ver.di wird demnächst verhandelt. **Red.** ■

Anzeige

Neu: Offen für alle Mitarbeiter von MedienUnternehmen!

Jetzt betrieblich vorsorgen:
Berufsunfähigkeitsschutz ohne Gesundheitsprüfung möglich

Mehr Rente für die Medienbranche

Presse-Versorgung

Seit Monaten ist es das beherrschende innenpolitische Thema in den Medien. Die Flüchtlingsdebatte dominiert Schlagzeilen, Nachrichten und Talkshows. Dabei folgt die Berichterstattung der sich verändernden Stimmung im Land und verstärkt sie. Nicht immer wird die notwendige Balance zwischen unreflektierter „Willkommenskultur" und vorurteilsgeladenem Alarmismus gefunden.

Von Günter Herkel

Mediale Balance in der „Willkommenskultur"

Foto: dpa / PIXSELL / Davor Puklavec

Auf der Balkanroute: Ankunft im ostkroatischen Grenzort Tovarnik. Tausende warten hier auf ihre Weiterreise in den Norden an die Grenze nach Ungarn, das im September die Grenze zu Serbien dicht gemacht hat.

Anfangs überwogen Berichte über Angriffe auf geflüchtete Menschen und die Angriffe rechtsradikaler und fremdenfeindlicher Gruppen auf ihre Unterkünfte. Es folgte die Phase, in der viele Medien vor allem beeindruckende Manifestationen der „Willkommenskultur" publizierten. Spätestens mit der Abbildung des toten Aylan Kurdi am Strand von Bodrum verwandelte sich der größte Teil bundesdeutscher Medien-Berichterstattung in eine Art „Sommermärchen revisited": Plötzlich wetteiferten Redaktionen darum, auf möglichst empathische Weise Flüchtlingsschicksale in Wort und Bild zu übermitteln. Deutsche Medien berauschten sich an der geradezu weltmeisterlichen Hilfsbereitschaft der Deutschen. Der berühmte Merkel-Satz „Wir schaffen das" markierte scheinbar eine Wende. Selbst *Bild* suchte sich als Anwalt der Flüchtlingsbewegung zu profilieren. Das Boulevardblatt brachte eine Doppelseite mit hasserfüllten und menschenverachtenden Facebook-Einträgen samt Gesichtern und Namen der Verfasser. „*Bild* stellt die Facebook-Hetzer an den Pranger!" schrieb der mittlerweile abgetretene Chefredakteur Kai Diekmann dazu auf Twitter. Ausgerechnet *Bild* – das Blatt, das vor kurzem noch mit massivem Bashing der „Pleite-Griechen" voll ausgelastet schien. Inzwischen gibt es wieder „einen ganz anderen Spin hin zu so einer Phase, die gekennzeichnet wird durch Berichterstattung über Überforderung, Hilflosigkeit, ein Stück weit auch Eskalation, die mir zumindest Sorge macht", beobachtet Alice Lanzke von der Amadeu Antonio Stiftung. Für den Umschlag verantwortlich macht sie die Beschleunigung des Medienprozesses. Die Berichterstattung drehe sich immer schneller und die Medien folgten thematisch den Vorgaben der Politik. „Die Politik hat jetzt die Themen geändert und dementsprechend ändert sich jetzt auch die Berichterstattung", vermutet sie.

Stimmungsumschwung. Ähnliche Beobachtungen macht auch Fabio Ghelli, der für den „Mediendienst Integration" die bisherige Berichterstattung ausgewertet hat. Noch während des so genannten neuen „Sommermärchens" hätten die Medien sich stark für die Schicksale der betroffenen Menschen interessiert. Und per Faktencheck seien die stark variierenden Zahlen regelmäßig auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft worden. Inzwischen hätten sich Bilder verfestigt, die die Flüchtlingsbewegung vor allem mit einer Naturkatastrophe assoziierten. Und somit die Ängste der „besorgten Bürger" bedienten. Jetzt wird mehr und mehr über derartige Stimmungen und über die Auswirkung der so genannten „Flüchtlingswelle" auf die Bevölkerung diskutiert. Mit der Headline „1,5 Millionen Flüchtlinge erwartet – mit Familien könnten es 7 Mio. werden" schaffte auch *Bild* zeitig wieder die Rückkehr zum gewohnt schreckenverbreitenden Alarmismus. Aber auch die Macher seriöserer Blätter ruderten zurück. Wie etwa *Zeit*-Chefredakteur Giovanni di Lorzenzo, der Anfang November auf dem Kongress des Verbands Deutscher Zeitschriftenverleger „mehr Ausgewogenheit" in der Berichterstattung anmahnte. Journalisten könnten sehr viel Glaubwürdigkeit einbüßen, wenn sie die Fragen und Sorgen der Bevölkerung nicht ansprächen. Gerade dies sollten sie „nicht Populisten und Hetzern überlassen", so di Lorenzo.

Wohl wahr. Aber wie könnte Ausgewogenheit bei einem emotional so aufgeladenen Thema wie der

Flüchtlingsfrage aussehen? Denn noch etwas prägt den Mediendiskurs über die dramatischen Vorgänge auf den Routen zwischen Afghanistan, Syrien und dem Balkan. Vielen Berichterstattern gelang es nicht mehr, sich als gleichsam unbeteiligte Person kühl-sachlich zu verhalten. Alice Lanzke: „Zum ersten Mal erleben wir in dieser ausgeprägten Art und Weise, dass Journalistinnen und Journalisten über die eigene Haltung zu einem Thema nachdenken, dass reflektiert wird, wie stehe ich eigentlich zu Flüchtlingen? Das Mitleid, das ich vielleicht empfinde, beeinflusst das, wie ich berichterstatte, wie ich schreibe, wie ich spreche?"

„Tagesschau"-Chefredakteur Kai Gniffke sprach sich in seinem Blog für einen sachlichen und unemotionalen Umgang mit dem Thema aus. Es bestehe sonst die Gefahr, dass die „Tagesschau" sich selbst als Beschützer der Flüchtlinge inszeniere. Dies aber wäre „unjournalistisch". Es sei vielmehr wichtig, alle Aspekte zu beleuchten. „Dazu gehören Demonstrationen, Bürgerwut, rassistische Ausschreitungen. Dazu gehören Konflikte unter den Flüchtlingen. Dazu gehören Polizisten, die in Konfliktsituationen ihre Gesundheit riskieren. Und: Dazu gehört auch das Thema Abschiebung." Gniffke verteidigte die Abbildung einer Landkarte auf „tagesschau.de", auf der Projekte präsentiert wurden, die auf die Integration von Flüchtlingen abzielten. Dies sei keine Parteinahme oder ein Verstoß gegen die gebotene Neutralität, sondern gehöre selbstverständlich zum Programmauftrag der ARD. Dabei zeigte sich auch das Erste gelegentlich nicht vor polemischer Zuspitzung gefeit. Als der „Bericht aus Berlin" am 4. Oktober mit einer Bildmontage von Angela Merkel im Tschador aufwartete, war das vermutlich Wasser auf die Mühlen der vielen, die wenige Tage zuvor im ARD-DeutschlandTrend ihre zunehmende Skepsis gegenüber dem Zuzug Hunderttausender Flüchtlinge ausgedrückt hatten. Die verantwortliche Redaktion hielt diese Darstellungsform für „legitim". Es sei schließlich das Ziel gewesen, „mit dieser Grafik Aufmerksamkeit zu schaffen und zu polarisieren". Ob es bei dieser Problematik noch künstlicher Anheizung bedarf?

Zwischenbilanz. Ein gelungenes Beispiel für eine ausgewogene, erkenntnisfördernde Berichterstattung ist die Dokumentation ZDFzeit vom 11. November „Wie viele Flüchtlinge verträgt das Land?" Eine Art Zwischenbilanz zur besten Sendezeit, jenseits des unablässig auf die ZuschauerInnen einprasselnden Feuerwerks von Meinungen, Wertungen und unbelegten Schätzungen täglicher Neuankömmlinge. Einerseits: die gemischten Gefühle der Bewohner eines idyllischen Schwarzwälder Luftkurortes, als plötzlich Busladungen von Flüchtlingen vor einer umfunktionierten ehemaligen Nobelherberge abgeladen werden. Oder Schlägereien unter den auf engstem Raum zusammengelegten Flüchtlingsgruppen in Kassel und Hamburg-Bergedorf. Andererseits: Harte Fakten, mit denen gängige Vorurteile widerlegt werden. Bekommen Flüchtlinge mehr Geld als „Hartzer"? Nein, an die zehn Prozent weniger. Sind die Deutschen schutzlos Kriminellen unter den Einwanderern ausgeliefert? Nein, die Behörden verfügen über ausgefeilte Techniken, um etwa Passfälscher zu entlarven.

Solche und andere Beiträge erfüllen zumindest teilweise die Forderungen, die die Journalistin und Medienwissenschaftlerin Bärbel Röben an eine „inklusive Berichterstattung" stellt. Gemeint ist ein Journalismus, der beiträgt zu einer „inklusiven Gesellschaft mit gleichberechtigter Teilhabe für alle", einschließlich der „Anerkennung von Vielfalt" und „Abbau von Diskriminierung". Im Kontext der Flüchtlingsfrage analysiert sie, dass deutsche Politiker und Medien geflüchtete Menschen entlang spezieller Grenzziehun-

Sie kamen in kleinen Booten von der Westküste der Türkei übers Agäische Meer: Menschen aus Afghanistan, Irak, Bangladesh und Syrien landeten auf der griechischen Insel Lesbos.

Foto: dpa / NurPhoto / Panayiotis Tzamaros

gen in „willkommen" und „nicht willkommen" sortieren. Sattsam bekannt ist das Muster der Abgrenzung nach Herkunftsländern: hier die politisch Verfolgten aus Syrien oder Afghanistan, dort die „nur" vor Armut und Diskriminierung Flüchtenden aus den so genannten „sicheren Herkunftsländern". Erstere sind die Guten, dürfen folgerichtig Asyl beantragen, letzteren gebührt die schnelle Abschiebung. Wobei unter der Wucht der anhaltenden Flüchtlingszahlen für einige Akteure selbst Afghanistan sukzessive zum sicheren Herkunftsland mutiert. Auch Geschlecht und Religion erscheinen als willkommener Exklusionsgrund: Besonders perfide ein journalistischer Beitrag aus dem Philologenverband Sachsen-Anhalt („Eine Immigranteninvasion überschwappt Deutschland..."), in dem scheinheilig die Frage gestellt wurde: „Wie können wir unsere Mädchen im Alter ab 12 Jahren so aufklären, dass sie sich nicht auf ein oberflächliches sexuelles Abenteuer mit sicher oft attraktiven muslimischen Männern einlassen?" Nicht weniger übel das Facebook-Posting des *Welt*-Kolumnisten Matthias Matussek, der unmittelbar nach den Attentaten von Paris islamistischen Terror und Flüchtlingsbewegung flugs in zwei Seiten derselben Medaille umzumünzen versuchte. Inzwischen ist der „Rechtskatholik" seinen Job los.

Vereinzelt sind Redaktionen dazu übergegangen, sich publizistische Leitlinien für den Umgang mit den Themen Flucht, Migration und Integration zu geben und diese auch an ihr Publikum zu kommunizieren. Aus gutem Grund. So schrieb Christoph Pepper, Chefredakteur des *Mindener Tageblatts* im *MT*-Redaktionsblog: „In Zeiten, in denen wir bereits Kündigungen erhalten, weil wir angeblich zu wenig oder zu einseitig über die Folgen der Flüchtlingskrise berichten", sei auch das ein „Gebot der Transparenz, der wir uns verpflichtet fühlen". Einen Katalog von 15 Geboten verordneten sich die Zeitungen der Verlagsgruppe Rhein Main VRM (dokumentiert im Magazin *Medium* 11/15). Darin heißt es: „Stimmungsmache verbietet sich ebenso wie Schönfärberei." Zu den Geboten zählen unter anderem die Ablehnung jeder Form von Rassismus und Rechtsextremismus, die kontroverse Einordnung und Kommentierung des Themas, die Verpflichtung, Sorgen und Nöte eines großen Teils der Bürger in der Region ernst zu nehmen, der Einsatz für die gesellschaftliche Integration der Zuwanderer.

Alice Lanzke von der Amadeu Antonio Stiftung plädiert dafür, „dass die Betroffenen, also die geflohenen Menschen ins Zentrum gerückt werden und nicht zum Beispiel Täter, wenn es darum geht, dass eine Unterkunft angezündet wurde". Für eine differenzierte Berichterstattung sei es wichtig, gerade diese Menschen genauer vorzustellen, „mit ihren Sorgen, mit ihren Wünschen und Zielen". Einige Medien schlagen inzwischen genau diesen Weg ein. Etwa die *Rheinische Post* in Düsseldorf, die zusammen mit der katholischen Kirche zu einer Diskussionsrunde mit Flüchtlingen und Experten einlud. Unter dem Motto „meet the refugees" berichteten eine Frau aus Sierra Leone und ein Mann aus Syrien über ihre Geschichte. Nach dem erfolgreichen Auftakt sollen weitere Veranstaltungen folgen. ■

Foto: Fotolia / Lydia Geissler

„Stimmungsmache verbietet sich ebenso wie Schönfärberei."

Falsche Metapher

Konstantina Vassiliou-Enz, Geschäftsführerin Neue deutsche Medienmacher, über die Notwendigkeit einer präzisen Sprache in der Einwanderungsgesellschaft

M | Die Neuen deutschen Medienmacher (NDM) haben ein Glossar herausgebracht, mit mehr oder weniger gängigen Begriffen, die im redaktionellen Alltag häufig falsch oder schief eingesetzt werden. Was und wen wollen Sie damit erreichen?

KONSTANTINA VASSILIOU-ENZ | Das Glossar richtet sich an alle KollegInnen, die über Themen der Einwanderungsgesellschaft schreiben und sich darüber informieren wollen.

Bei der Berichterstattung über Migrationsprobleme wird tagtäglich gegen das Gebot einer korrekten und diskriminierungsfreien Sprache und Begrifflichkeit verstoßen. Welches sind nach Ihrer Beobachtung die häufigsten Fehler?

Ganz oft geht es darum, dass nicht sehr präzise formuliert wird oder Begriffe verwendet werden, ohne sie zu hinterfragen. Wenn ich beispielsweise von Migranten spreche, aber Menschen damit meine, die überhaupt nicht selbst migriert sind, dann ist das ein bisschen schief. Oder wenn ganz allgemein von Deutschen die Rede ist, die eingewandert und eingebürgert sind. Bei der Bezeichnung von Gruppen tauchen immer wieder Ungenauigkeiten auf, es herrscht da viel Unsicherheit

»Abschiebung«

Asylant zum Beispiel klingt abwertend und ist oft wohl auch so gemeint. Asylbewerber dagegen hat einen freundlicheren Klang. Tatsächlich hat aber auch dieser Begriff seine Tücken, oder?

Der Begriff Asylbewerber ist juristisch korrekt, aber wenn man genauer hinsieht, ist er irreführend. Denn er sagt aus, dass die so Bezeichneten sich um das Recht auf Asyl bewerben. Dieses Recht auf Asyl ist aber ein Grundrecht, und um Grundrechte kann man sich nicht bewerben. Die hat man einfach.

Was wär demnach korrekt? Asylsuchende, Geflüchtete?

Es gibt viele Alternativbegriffe: Asylsuchende, Schutzsuchende, Exilierte, Geflüchtete. Manchmal kommt es darauf an, ob es tatsächlich um Asyl geht oder um Flüchtlingsschutz. Die Menschen, die gerade aus Syrien kommen, sind zum Beispiel Kontingentflüchtlinge. Nur schreiben das die wenigsten KollegInnen, es ist

Foto: rbb / Jim Rakete

NDM Geschäftsführerin, Konstantina Vassiliou-Enz moderiert bei Radioeins vom RBB unter anderem am Wochenende den „Schönen Morgen".

Mehr Informationen

Hg.: NDM Glossar der Neuen deutschen Medienmacher. Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland.
Berlin 2015
www.neuemedienmacher.de

»Rechtsextremismus«

»Migrant«

eben ein Fachgebiet, so wie das ganze Thema Einwanderung ein kompliziertes Fachgebiet ist, dass nicht mal so nebenher zu durchdringen ist. Es wird aber trotzdem oft als eine Art Alltagsthema betrachtet und so behandelt, als müsse man da nicht groß recherchieren.

Sehr häufig ist im Kontext der Flüchtlingsbewegung von Flut, Schwemme oder Strömen die Rede. Warum finden Sie das problematisch?
Solche Metaphern suggerieren, die Menschen in Deutschland seien einer Art Naturgewalt ausgesetzt, die von denjenigen, die hier her flüchten, ausgeht. Und weder die Politik noch die Menschen selber können sich dagegen wehren – was will man gegen einen Strom oder gegen eine Flut machen? Dieses Bild finden wir problematisch und finden, es kann hinterfragt werden. Es geht ja nicht um Begriffsverbote, sondern darum, dass die KollegInnen eine reflektierte und informierte Entscheidung treffen. Nach dem Motto: Ich weiß, dass dieser Begriffe wertend aufgefasst werden kann, aber ich entscheide mich trotzdem dafür oder deswegen dagegen.

Einige Medien regieren ja mittlerweile auch mit bestimmten Sprachregelungen für die Redaktionen. Die dpa hat im Sommer die Weisung gegeben, allgemeine Begriffe wie Asylgegner und Asylkritiker nicht mehr zu benutzen. Ein gutes Zeichen, oder?
Ja sicher. So steht es auch in unserem Glossar, weil wir finden, dass es beschönigend ist, wenn Rechtsextreme als Asylkritiker oder Asylgegner bezeichnet werden. Wenn es sich tatsächlich um Rechtsextreme handelt, dann kann man sie auch so nennen.

Die Probleme fangen schon bei Basisbegriffen an: Ausländer, Einwanderer, Migrant – das ist nicht dieselbe Sprachebene?
Das sind unterschiedliche Begriffe für unterschiedliche Gruppen. Ausländer ist jemand, der keinen deutschen Pass hat. Ein Migrant kann, muss aber nicht eingebürgert sein. Auch bei einem Einwanderer kann man nicht sagen, ob er ein Deutscher ist oder nicht. Es gibt im Journalismus immer wieder Fälle, in denen Gruppen pauschal benannt werden müssen, ob uns das nun gefällt oder nicht. Jede Klassifizierung hat Defizite. Aber wir sollten versuchen, möglichst genaue und treffende Begriffe zu verwenden und die Dinge nicht vermischen.

Die Medien nutzen häufig den Terminus „Islamistischer Terror", zuletzt bei den Anschlägen in Paris. Die NDM argumentieren, Islamismus sei nicht gleichzusetzen mit Extremismus oder Terrorismus. Islamismus meine zunächst nur die Verknüpfung von Islam und Politik und sei nur in Verbindung mit Gewalttaten strafbar. Verlangen Sie da nicht zu viel Differenzierung?
Finde ich nicht. Man kann gar nicht genug Differenzierung verlangen von JournalistInnen, das gehört zu unserem Job. Nach meiner Beobachtung wird sie auch gemacht. Bei den Berichten über die Attentate in Paris sind die KollegInnen meist sehr präzise. Sie schreiben fast ausnahmslos von „Terroristen". Der Terminus „mutmaßlicher Islamist" dagegen wird nicht verwendet. Islamist zu sein und islamistischer Gesinnung zu sein allein ist nicht verboten. Verboten ist es nur in Verbindung mit Gewalt, in Verbindung mit Propaganda für den IS. Bei den Ereignissen in Paris ist jedem klar, dass es um Terrorismus geht und nicht um Glaubensfragen. Die salafistische Gesinnung kann ein Motiv sein, aber bei den Taten handelt es sich eindeutig um Terror.

Ihr Glossar stößt auch auf Kritik. Am Beispiel des Begriffs Ehrenmord scheiden sich die Geister. Auch dieser Begriff wird nach Ihrer Ansicht oft falsch verwendet. Im Gegenzug wird Ihnen Verharmlosung oder Verschleierung unterstellt, weil Sie in vielen Gewaltverbrechen im islamischen Milieu keinen Ehrenmord erkennen?
Ehrenmord wird meist mit muslimischem Familienhintergrund gleichgesetzt. Das aber stimmt so nicht. Es gibt Ehrenmorde in Südamerika, in Griechenland, in Italien. Viele Berichte setzen Ehrenmord mit einer Bluttat innerhalb einer Familie mit türkischen Wurzeln gleich. Erstaunlicherweise finden solche Verbrechen in der Türkei gar nicht überwiegend in traditionell geprägten, ländlichen Gebieten statt, sondern in Städten. Das zeigt, dass es gar nicht unbedingt was mit traditionellem Glauben zu tun hat, sondern eher mit dem Infragestellen patriarchalischer Strukturen. Das geschieht in einer vermeintlich modernen Umgebung viel mehr als in einem sehr streng gläubigen Umfeld. Der Automatismus: Ehrenmord hat nur mit dem Islam zu tun, stimmt nicht immer. In manchen Fällen würde die gleiche Tat, begangen in einer standarddeutschen Familie, als Eifersuchtsdrama oder Familientragödie bezeichnet. Darauf weisen wir im Glossar hin.

Kritiker werfen Ihnen gelegentlich Zensurabsicht vor, sprechen von „Gesinnungsdiktat" selbsternannter Wortwächter …
Das ist absurd. Wir schreiben niemandem etwas

vor. Wir machen Vorschläge und stellen unsere Sicht der Dinge dar. Wir wollen Impulse geben und dazu aufrufen, sich darüber bewusst zu werden, dass es Gewicht hat, welche Begriffe wir als JournalistInnen benutzen und welche nicht. Wir geben unseren Berichten eine Richtung. Das sollte wissentlich geschehen und nicht zufällig. Welche Richtung das dann ist, muss Jeder selbst entscheiden.

Hat die – oftmals ungewollte, auf Unkenntnis beruhende – diskriminierende Berichterstattung über Probleme in der Einwanderungsgesellschaft nicht auch etwas mit der Sozialisierung des journalistischen Personals zu tun?
Es hat eher etwas mit den konkreten Arbeitsbedingungen von JournalistInnen zu tun. In diesem Job wird oft verlangt, in allerkürzester Zeit alle möglichen Themen überblicken, einordnen, einschätzen und darstellen zu können. Wir wollen denjenigen, die unsicher sind oder aus Zeitmangel nicht recherchieren können, mit diesen Formulierungsvorschlägen ein Instrument an die Hand geben. Es geht weder um Charakterbildung noch um Meinungsmache. Es geht eher um Präzision, Qualität und Professionalität im Journalismus.

Das Verhältnis zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und Journalisten mit solchem Hintergrund klafft sehr weit auseinander. Da wäre es doch ein Fortschritt, wenn dieser Anteil gesteigert würde, oder?
Zwar ist nicht jeder, der in einer nicht-standard-

»Zuwanderer«

deutschen Familie groß geworden ist, automatisch interkulturell kompetent. Aber jeder kann es lernen, jeder kann sich diese Kompetenz aneignen. Es hilft einfach, neue und andere Perspektiven in der Redaktion zu haben und diese auch in Diskussionen innerhalb der Redaktionen einbringen zu können. Die KollegInnen aus Einwandererfamilien haben oft ganz andere Zugänge zu den Zielgruppen. Wenn ich in einer Redaktion arbeite und meine Familie und vielleicht auch ich aus Afghanistan geflohen sind vor vielen Jahren, dann habe ich eine andere Möglichkeit, Menschen, die jetzt geflohen sind, anzusprechen. Die erzählen mir auch andere Geschichten als einem standarddeutschen Kollegen, der da mit einem Übersetzer sitzt.

Wie weit ist die Integration solcher KollegInnen in den Redaktionen?
Bei den privaten Rundfunkanstalten hat man begriffen, dass die jungen Zielgruppen zu immer größeren Anteilen aus Einwandererfamilien stammen. Und die wollen angesprochen werden. Das funktioniert gut mit Menschen, mit denen man sich besser identifizieren kann. Entsprechend sind bei den Privaten ganz viele Köpfe, denen man ansieht, dass sie keine standarddeutsche Familiengeschichte haben. In den öffentlich-rechtlichen Sendern sind es etwas weniger. Und in den Printmedien ist die Entwicklung auch eher langsam. Aber es werden immer mehr, und das freut uns sehr.

Gespräch: Günter Herkel ■

Kaum Anerkennung

Unterstützung für geflüchtete Journalisten in Deutschland

Das Nothilfe-Referat von „Reporter ohne Grenzen" hilft sowohl JournalistInnen, die in ihren Herkunftsländern bedroht sind, als auch solchen, die ins Exil gehen müssen, weil ihnen mangels Pressefreiheit die Ausübung des Journalistenberufs verwehrt wird. Im Jahr 2015 wurden bislang rund 60 exilierte KollegInnen registriert, von denen die meisten heute in Deutschland leben. Sie kommen – wie die anderen Geflüchteten – überwiegend aus Syrien, Afghanistan, Iran oder auch Somalia.

Zunächst hilft das Nothilfe-Referat bei elementaren Dingen, gibt Unterstützung bei Asylverfahren und Stipendienanträgen. Schwieriger gestaltet sich die Hilfestellung in beruflichen Angelegenheiten. „Eine direkte journalistische Schulung können wir nicht leisten, damit wären wir überfordert", bedauert Jens-Uwe Thomas von „Reporter ohne Grenzen". Die Chancen, ihre journalistische Karriere im Exil fortzusetzen, seien für die meisten Neuankömmlinge gering. Das liege zum einen an der Sprachbarriere. Zudem werden die Betroffenen von deutschen Medien hauptsächlich als Opfer wahrgenommen. Dennoch finde, wenn auch sehr langsam, in den Redaktionen allmählich ein Umdenken statt. Im Kontext der Flüchtlingsdebatte gelinge es vereinzelt, zumindest Praktika zu vermitteln. „Oft erschöpft sich das Interesse der Medien leider in Interviews über das individuelle Schicksal einzelner Betroffener", berichtet Thomas. Eine längerfristige Beschäftigung komme nur in Ausnahmefällen zustande. Diese Erfahrung machte zum Beispiel die Rundfunkjournalistin Sharmila Hashimi, die bereits vor zwei Jahren aus Afghanistan nach Deutschland kam. In den Redaktionen dominieren Zweifel, ob die exilierten KollegInnen das journalistische Handwerk „nach westlichen Wertvorstellungen" beherrschten. Hashimi versucht, aus der Not eine Tugend zu machen. Gemeinsam mit drei Landsleuten plant sie jetzt ein Magazin für die afghanische Community in Berlin und Deutschland. Denn: „Journalismus ist my life, meine Karriere."

Diesen Weg haben andere bereits erfolgreich beschritten. Etwa Meydan TV, eine der wenigen kritischen Stimmen, die über Aserbeidschan berichten – aus dem Berliner Exil. Seit zwei Jahren betreibt der regimekritische Journalist Emin Milli den Online-Sender aus einem zum TV-Studio umfunktionierten

Foto: ROG

Rundfunkjournalistin Sharmila Hashimi, die vor zwei Jahren aus Afghanistan nach Deutschland kam

Berliner Keller. Meydan TV liefert Infos nicht nur für die aserbeidschanische Community in Deutschland, sondern versucht auch, Einfluss zu nehmen auf die Entwicklung in der Heimat. Und steht daher mit seinen Mitarbeitern permanent unter Beobachtung des Regimes.

Wer im Exilland journalistisch nicht Fuß fassen kann, für den ist das – neben einem kompletten Berufswechsel – immerhin eine Option: die Gründung eines Medienprojekts „für die eigenen Leute", sagt Thomas. Bei der Jahreskonferenz der „Neuen Deutschen Medienmacher" (NDM) stellte auch Monis Bukhari, Journalist und Blogger aus Syrien sein spezielles Projekt vor. Nachdem ein Jobangebot der Deutschen Welle, für die er auf Arabisch und Englisch arbeiten sollte, platzte, griff er zur Selbsthilfe. Bis Ende vergangenen Jahres betrieb er zunächst den syrischen Exilsender „Radio Baladna". Mit einigen anderen ebenfalls geflüchteten Kollegen plant er derzeit ein Internet-Portal mit Infos und Audios für die syrische Community in Deutschland. Was den Vorteil hat, in der eigenen Sprache für das eigene Publikum arbeiten zu können. Schwierig gestaltet sich noch die Finanzierung: einstweilen fahndet Bukhari nach Möglichkeiten, für sein Projekt Stiftungsgelder aufzutreiben.

Foto: DW / Eric Bridiers

Emin Milli, Meydan TV, eine der wenigen kritischen Stimmen, die über Aserbeidschan berichten

Foto: NDM / Mosjkan Ehrari

Monis Bukhari, Journalist und Blogger aus Syrien

Keine berufliche Anerkennung. Rebecca Sumy Roth von den „Neuen Deutschen Medienmachern" (http://www.neuedeutschemedienmacher.de) verweist auf die spezifische Problematik: „Die Erfahrung, ein anerkannter und respektierter Journalist oder Journalistin gewesen zu sein und plötzlich hier vor dem Nichts zu stehen und auch keinerlei Anerkennung zu bekommen als Journalist in Deutschland, ist natürlich schwierig." Viele Betroffene sind zudem durch die Erlebnisse auf der Flucht traumatisiert.

Die NDM planen daher, ihr bereits bestehendes Mentoring-Programm für geflüchtete JournalistInnen zu erweitern. Geplant ist ein Seminarblock, in dem Basiswissen vermittelt wird: Kenntnisse über das deutsche Mediensystem, Presserecht und Pressekodex, Grundlagen des hiesigen Journalismus. Zugleich soll versucht werden, die ExilkollegInnen an Publikationen oder Portale zu vermitteln: als Beratende, als Konzipierende oder im günstigsten Fall auch als Schreibende. In Kooperation mit „Hostwriter" (https://hostwriter.org/) wollen NDM die Exilierten auch mit KollegInnen bekannt machen, die über Themen in den jeweiligen Herkunftsländern recherchieren. Ein Deal zum gegenseitigen Nutzen. Viele der Geflüchteten sind eindrucksvoll vernetzt, haben fünf- bis sechstellige Followerzahlen auf sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter. Es liegt nahe, dieses Ressourcen produktiv für die Probleme der Flüchtlingsbewegung bzw. die Einwanderungsgesellschaft allgemein nutzbar zu machen. **Günter Herkel** ■

Zuflucht

Medienangebote für Flüchtlinge

Zum Beispiel n-tv | „Marhaba – Ankommen in Deutschland", laut Selbstbeschreibung „das erste Programm in Deutschland, das sich auf Arabisch speziell an Flüchtlinge und Zuwanderer aus dem Nahen Osten richtet". Einmal wöchentlich erklärt der smarte Moderator Constantin Schreiber auf Arabisch, wie Deutschland tickt. In der Folge „Essen und Trinken" erfahren Flüchtlinge, die n-tv nutzen, dass es hierzulande für Muslime tabuisierte Lebensmittel wie Schweinefleisch gibt. Aber auch, dass aus Deutschland einige der Spitzenköche dieser Welt kommen. In einer anderen Folge lässt der Moderator Flüchtlinge vor dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales Fragen stellen, die er anschließend dem CDU-Politiker Wolfgang Bosbach zur Beantwortung vorlegt. Dabei bekommt man eher Hinweise auf die Befindlichkeiten Bosbachs („Keine Furcht vor Islamisierung", eher Furcht vor einer „Entchristianisierung") als Antworten auf die Fragen der Flüchtlinge („Warum half die NATO, meine libysche Heimat zu zerstören?"). Nicht alle mehr oder weniger gut gemeinten Medienangebote kommen so flach daher.

Deutsche Welle | Ein spezielles Angebot für Flüchtlinge hat die Deutsche Welle – sinnvollerweise online. Es liefert Erklärfilme zum politischen System Deutschlands sowie Info- und Servicebeiträge in arabischer Sprache. Auch die „Tagesschau" bietet im Internet seit Mitte November Nachrichten in arabischer Übersetzung (auf eingeblendeten Schrifttafeln) an, als „Service für Zuwanderer in Deutschland". Ausführlichere Informationen erhalten Interessierte vom „Guide for Refugees", dem englischsprachigen Video-Ratgeber des Bayerischen Rundfunks. Ähnliche Angebote bringt auch Funkhaus Europa in Kooperation mit WDR, RBB und Radio Bremen in seinem „Refugee Radio".

Printmedien | Spärlicher gesät sind entsprechende Projekte bei den Printmedien. *Bild* und *BZ* brachten bereits Anfang September in Berlin eine arabischsprachige vierseitige Beilage, mit Karte zu den wichtigsten Anlaufstellen samt Sprachführer. Eine einmalige Aktion. Interessanter erscheint da schon die wöchentliche Kolumne „Willkommen in Deutschenland" im *Hamburger Abendblatt* (M 5/2015). Darin schreiben Betroffene aus Syrien, Afghanistan, Eritrea und dem Irak selbst über ihre Probleme.

Fragwürdiges Integrationsfernsehen | Sie finde es grundsätzlich „toll, wenn Medien versuchen, die Geflüchteten mit Informationen zu bedienen", sagt Konstantina Vassiliou-Enz von den Neuen deutschen Medienmachern (Interview S. 10). Schwierig werde es dann, „wenn solche Informationsportale eine paternalistische Sicht spiegeln". Wenn etwa den Adressaten erklärt werden soll, „dass es Mülleimer gibt und dass man in Deutschland pünktlich ist". So etwas sage eher was aus „über den Blick der Leute, die diese Portale machen". Ein Angebot dieses Kalibers stand auch kurz zur Debatte. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer machte sich in einen Offenen Brief an die Intendanten von ARD und ZDF für ein „Deutsches Integrationsfernsehen" stark. Gemäß ihrem Grundversorgungsauftrag hätten die Anstalten die Pflicht zur „Vermittlung unserer deutschen Werte und unserer deutschen Leitkultur". Das hat den Geflüchteten wahrscheinlich gerade noch gefehlt. ver.di wies die hanebüchene Forderung umgehend zurück. „Ein eigenes Programm, das eine wie auch immer definierte deutsche Leitkultur vermitteln soll, ist als mediales Ghetto zum Scheitern verurteilt, sagte Manfred Kloiber, Bundesvorsitzender der Fachgruppe Medien in ver.di.

Gegenverkehr in der Einbahnstraße

Studie untersucht Autoritätsverlust der Medien

„Ganz offensichtlich ist das Publikum lauter geworden, manchmal unangenehm laut, und meldet Ansprüche an", stellt der Publizist und Medienkritiker Fritz Wolf in der Studie „Wir sind das Publikum!" fest, die gerade bei der Otto-Brenner-Stiftung erschienen ist.

Wenn die Antwort auf Politikverdrossenheit mehr Bürgerbeteiligung ist, dann sollte die Antwort auf die Medienverdrossenheit Partizipation und Mitwirkung sein. Das ist die Ausgangsthese der Studie, die sich überwiegend mit dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen beschäftigt. Die Umstellung der Rundfunkgebühr auf eine allgemeine Haushaltsabgabe verpflichtet nach Meinung der Mitwirkungswilligen die öffentlich-rechtlichen Sender zu einer erhöhten Verantwortung, Publikumsfragen und -beschwerden einzubeziehen, Nutzerkommentare zu rezipieren und zu beantworten.

Zwar gibt es auch bei den öffentlichen Telemedien Ansätze zur Publikumsbeteiligung, etwa bei der Tagesschau, die täglich rund 1.000 Publikumseinträge online verzeichnet. Insgesamt aber seien Printmedien im Dialog mit ihren Lesern weiter als die öffentlich-rechtlichen Fernsehmacher. Die „vernetzten Vielen", die online über Sendungen diskutieren, sieht der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen als eine „fünfte Gewalt", die die „Beziehungskrise" zwischen Nutzern und Medien zeige. Daher müsse sich der Journalismus einer „Verhaltenstherapie" unterziehen, die zunächst auf der Einsicht fußt, dass Journalisten nicht mehr die Gatekeeper der Informationen sind und sich die Situation nicht mehr auf vergangene, bequemere Zeiten zurückdrehen lässt. Oder, wie der Medienwissenschaftler Christoph Neuberger schon 2009 formulierte: „Die Einbahnstraße hat Gegenverkehr."

Dass nicht alle Beschwerden gegen Sendebeiträge fundierte Kritik sind, dass sich in Foren vielfach Leute derselben Meinung versammeln und gegenseitig in ihrem Zorn auf „das Fernsehen" und „die Lügenpresse" hochziehen, ist richtig, aber die Verweigerung von Dialog wird beim Abbau des in Teilen der Gesellschaft inzwischen tiefsitzenden Misstrauens nicht helfen. Es gebe keine „Fehlerkultur" in den Medien, konstatiert die Studie und verweist auf die Möglichkeit, Ombudsleute einzusetzen, wie es das bei einigen deutschen Zeitungen inzwischen gibt – wenn auch nicht völlig unabhängig, sondern meist aus der Redaktion heraus (wie M 4/2013 berichtete). Ein Blick über den Tellerrand: Publikumsräte existieren in Österreich, der Schweiz und bei der BBC, zumindest bei den beiden letzteren ist ein gewisser, wenn auch nicht kodifizierter, Einfluss festzustellen

In Deutschland gibt es Rundfunkräte, die oft als zu parteipolitisch besetzt oder zu intransparent kritisiert werden. Als Antwort darauf haben sich – nicht zum ersten Mal in der Rundfunkgeschichte – externe Initiativen wie die „Ständige Publikumskonferenz" oder der „Publikumsrat" gebildet, die fordern, unabhängige Zuschauer in den Rundfunkräten zu beteiligen. Fraglich wäre dann allerdings das Verfahren, diese Mitglieder auszuwählen. Die Chance, dass diese von den Unzufriedenen auf Dauer als „ihre" Vertreter akzeptiert würden, ist nicht groß, da viele Initiativen sich als eher fragil erwiesen und sich monothematisch aufgestellt hatten.

Deshalb regt die Studie außer der Einführung von Ombudsleuten an, dass die Rundfunkräte eine Community um sich sammeln sollten, mit denen sie in engem Austausch stehen, und die Tagesordnungen der öffentlichen Sitzungen im Hinblick auf wachsende Attraktivität für Zuhörer gestalten. Einzuwenden ist hier ebenfalls, dass diese Communitys in den Augen nachwachsender Kritiker sicher bald, wie die oben vorgeschlagenen „freien" Mitglieder in den Rundfunkräten", als Teil des institutionalisierten Systems begriffen würden.

Der Anspruch auf Teilhabe wird bleiben. Die Medien müssen reagieren, etwa mit neuen Berufsbildern wie Social-Media-Redakteuren oder Multimedia-Assistenten, die den Dialog als permanente Aufgabe bearbeiten. Mehr Raum für professionelle Medienkritik und mehr Publikumseinfluss bei der Weiterentwicklung der Leitlinien wären weitere Ziele. Allerdings verlangt Wolf: „Wer als mündiger Bürger behandelt werden möchte, soll sich auch so verhalten und dazu beitragen, dass der Diskurs auf einer sachlichen Ebene geführt werden kann." Die weniger lauten Teile des Publikums sollten dafür sorgen, „dass Hate-Speech und „Lügenpresse"-Beschimpfungen im medialen Dialog keinen zu großen Raum einnehmen." Auch das wäre Jupp Legrand, Geschäftsführer der Otto-Brenner-Stiftung, zufolge „sicher eine gute Form der Publikumsbeteiligung". **Susanne Stracke-Neumann** ■

Fritz Wolf: „Wir sind das Publikum". Autoritätsverlust der Medien und Zwang zum Dialog.

Eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung (Arbeitsheft 84). Frankfurt 2015. 86 Seiten. Zu beziehen als Print und als PDF über www.otto-brenner-stiftung.de

Aktuell

Fotojournalisten: arm aber zufrieden

Fotojournalisten sind durchaus zufrieden mit ihrem Beruf. Zu diesem Schluss kommt eine Studie der Universitäten Stirling und Oxford und der World Press Photo Foundation, an der über 1.500 Fotojournalisten aus mehr als 100 Ländern teilgenommen haben, 85 Prozent davon männlich. Alle befragten Fotografen hatten Beiträge zum World Press Photo Award eingereicht. Sie machten Angaben zu ihren Arbeitsbedingungen, zu ihrer Arbeitsweise, zur Nutzung von Technologien und zur Ethik von Fotojournalismus. Als „überraschend, in mancher Hinsicht sogar schockierend" beschreibt Studienleiter Adrian Hadland (Universität Stirling) die Ergebnisse. Schockierend wohl vor allem, weil 92 Prozent der Befragten angaben, in ihrem Beruf körperlichen Risiken ausgesetzt zu sein. Wenig überraschend hingegen die Befunde zu den Arbeitsbedingungen: Die unerlaubte Nutzung von Fotos ohne Bezahlung ist verbreitet und drei Viertel der Fotojournalisten verdienen weniger als 40.000 USD pro Jahr mit Fotos, ein Drittel sogar weniger als 10.000. Die meisten können deshalb vom Fotojournalismus allein nicht leben. **asa** ■

Link zur Studie: http://www.worldpressphoto.org/activities/research/state-of-news-photography

Foto: Gabi Senft

In Berlin hat ver.di zum Protest gegen die Kürzung der Betriebsrenten aufgerufen. Etwa 75 Kolleginnen und Kollegen haben der Arbeitgeberseite vor den Verhandlungen zur Altersversorgung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk am Schiffbauerdamm einen lautstarken Empfang bereitet, um ihren Standpunkt deutlich zu machen: Hände weg von unseren Renten!

Hakelige Tarifverhandlungen

Tarifkampf im Rundfunk in Zeiten von Rentenstreit und stagnierenden Budgets

„Danke für das Plus! ... und vor allem für die schöne Einmalzahlung!" Zahlreiche ver.di-Verhandler_innen in den Funkhäusern von ARD, ZDF und Deutschlandradio bekamen solche oder ähnliche Mails von ihren Kolleg_innen, nachdem die Gehalts- und Honorartarifverhandlungen in ihren Sendern erfolgreich beendet wurden. Angesichts des enormen, politisch motivierten Spardrucks, der auf allen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten lastet, haben viele Beschäftigte mit Tarifsteigerungen von im Schnitt zwei mal zwei Prozent, bei Freien – wegen der fehlenden Rententhematik – sogar insgesamt 4,4 Prozent, und Laufzeiten von zwei Jahren kaum gerechnet. Eine Sonderrolle nahm diesmal das ZDF ein. Hier wurde zugunsten von Bestands- und Übernahmegarantien ein Abschluss über drei Jahre mit zwei Erhöhungen von jeweils 1,7 Prozent und einer von 1,8 Prozent verhandelt.

Die Mitarbeiter_innen treibt die Sorge um die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks um. Massive Stellenstreichungen sind zum Beispiel beim WDR angesagt. Für etliche Freie sieht die Auftragslage in den Sendern angesichts stagnierender Programmetats düster aus. Da war die Erwartungshaltung gedämpft – und die Freude groß über eine Gehalts- bzw. Honorarsteigerung, die deutlich über der aktuellen Teuerungsrate liegt. Doch die Kolleg_innen, die für die ver.di-Mitglieder in den Tarifkommissionen im Sender und auf Bundesebene die Strategien ausgeheckt und am Verhandlungstisch dann umgesetzt haben – für sie war diese Tarifrunde eine ziemlich außergewöhnliche Herausforderung.

So stand im Bereich der angestellten Mitarbeiter vor allem der Streit um die Altersversorgung als schwere Belastung im Raum. Denn die Arbeitgeber wollen partout die Einkommensentwicklung der Rentner_innen von der der Aktiven abhängen. Sie haben die aktuellen Verhandlungen mit ihrer Forderung nach einer Deckelung der Rentensteigerung auf ein Prozent verknüpft. In der andauernden Niedrigzinsphase stellt sich nämlich heraus, dass die Sender mit einer höheren Verzinsung gerechnet haben, also faktisch nicht genügend Geld für die auskömmliche Finanzierung der Renten zurückgelegt haben. Diese Belastung wollen sie nun nicht selber tragen, sondern auf die Rentner abwälzen, obwohl sie ein anderslautendes Versprechen abgegeben haben. Dazu muss man wissen: Zu dieser abstrusen Forderung werden sie in abenteuerlicher Weise von der KEF – ja fast schon – genötigt. So hat sich die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs faktisch mit an den Tarifverhandlungstisch gesetzt, obwohl sie da nichts zu suchen hat. Diesen dreisten Eingriff in die Tarifautonomie hat ver.di scharf kritisiert und konnte ihn auch durch flexible Lösungen in den Sendern weitestgehend abwehren. Wie es weitergeht mit der Altersversorgung, das kann jetzt ungestört in gesonderten, einheitlichen Verhandlungen auf ARD/ZDF-Ebene geklärt werden.

Im Bereich der freien Mitarbeiter_innen hat sich die chronische Unterfinanzierung der Programmetats manifestiert. Das macht die Verhandlungen für die ver.di-Tarifkommissionen extrem schwierig – auch mental. Denn die meist ehrenamtlich Kolleg_innen – feste wie freie – arbeiten in den Sendern und stehen für die Qualität der Programme von ARD, ZDF und Deutschlandradio mit ein. Deshalb wissen Sie, dass steigende Honorare bei stagnierenden Budgets unweigerlich zu Programmkürzungen führen müssen. Und sie wissen, dass bei vielen Freien zwar nominell höhere Honorare ankommen, dafür aber weniger Aufträge. Das führt mitunter zu schweren Verwerfungen. Doch was war die Alternative für die Verhandler? Stagnierende Honorare bei ständig steigenden Anforderungen und schrumpfenden Aufträgen? Das wollten die ver.di-Mitglieder auf keinen Fall – die Freien von der Einkommensentwicklung abhängen, das Freiendasein noch prekärer machen als es schon ist und die Preise noch weiter in den Keller treiben! Deshalb setzte und setzt sich ver.di in allen Sendern dafür ein, dass die Honorare genauso wie die Gehälter steigen. In vielen Sendern haben wir das auch für alle effektiv gezahlten Honorare geschafft, und nicht nur für die Mindesthonorare. Dort, wo wir es nicht geschafft haben, konnten wir aber die Arbeitgeber zu Gesprächen über diese Herausforderung verpflichten. **Manfred Kloiber** ■

Mehr Informationen gibt es auf den Sender-Seiten unter: www.rundfunk.verdi.de

Bürgerjournalismus reloaded

Wie Correct!v und die FAZ zusammen mit Bürgern investigativ recherchieren wollen

Faule Kredite, Luxusrenten und Bürgermeister, die in den Aufsichtsgremien ihre eigenen Projekte durchboxen? Das gemeinnützige Recherchebüro Correct!v und die Frankfurter Allgemeine Zeitung wollen die 414 deutschen Sparkassen durchleuchten – und setzen dabei auf die Hilfe von recherchierenden Bürgern.

Jeder kann mitmachen beim neuen großen Rechercheprojekt von Correct!v und *FAZ*. Denn: „Kein Journalist der Welt kann allein die Geschäftsberichte von 414 Sparkassen auswerten, darin Auffälligkeiten entdecken und auswerten", schreibt Correct!v-Chefredakteur Markus Grill – und lädt seit Anfang November auf allen Kanälen zur Recherche in der eigens entwickelten virtuellen Redaktion ein. Hier werde dann „Schritt für Schritt erklärt, wie man als Journalist/in arbeite, wie man Quellen überprüft, Belege herbeischafft und im konkreten Fall: Wo man in einem Sparkassen-Geschäftsbericht die interessanten Informationen findet."

Journalisten-Ausbildung im Schnelldurchgang – um zusammen Großes aufzudecken: Vier Video-Tutorials zwischen 1.37 und 3.11 Minuten umfasst der „Grundkurs Journalismus", in dem Correct!v-Redakteur Jonathan Sachse erklärt, wie journalistisches – und vor allem investigatives – Arbeiten funktioniert und wer überhaupt Journalist ist. Im Prinzip jeder, erklärt Sachse das Selbstverständnis hinter dem Projekt: „Es geht darum, mit den richtigen journalistischen Methoden zu arbeiten und die wollen wir euch hier beibringen", so sagt er es den Nutzern im Schulungsvideo. Eine Neubelebung von Bürgerjournalismus mit Maximal-Ansprüchen?

Die Tipps im Grundkurs reichen vom grundsätzlichen „immer freundlich bleiben", auch wenn der Gesprächspartner nervt, bis zum Appell für eine ergebnisoffene Recherche, die auch die Ausgangshypothese in Frage stellt. Die Tutorials werden durch verlinkte Hintergrundinformationen ergänzt – alles kann im Kommentarbereich mit der Redaktion diskutiert werden. Im zweiten Kurs geht es im gleichen Stil um den Aufbau und rechtliche Rahmenbedingungen der Sparkassen – und vor allem darum, wo die Rechercheure die Informationen über die jeweilige Sparkasse finden. Die tragen sie dann im Crowdnewsroom zusammen. „Damit wir die Daten der Sparkassen vergleichen können, haben wir zu den Themenbereichen exakte Fragen erarbeitet, an denen alle Rechercheure arbeiten", erklärt Sachse. Denn: Die Redakteure wollen einen Gesamtüberblick über das System Sparkasse bekommen: Wo liegen besonders viele ausfallbedrohte Kredite, für die die Kommunen dann einspringen müssen? Wie viele Sparkassen haben die Kreditvergabe ausgelagert und in welchem Ausmaß nehmen Lokalpolitiker in den Aufsichtsgremien Einfluss auf das Bankgeschäft? Und das sind nur einige der Leitfragen, an die sich die Redaktion machen will.

Die Crowd – das in der virtuellen Redaktion gecoachte Publikum – dagegen arbeitet kleinteilig: Sie sucht zum Beispiel die Zinssätze der Kreditprodukte oder den Verdienst eines Vorstandes einer bestimmten Sparkasse heraus und gibt sie in die genau auf die jeweilige Frage ausgerichtete Redaktionsmaske ein. Zu allen Daten muss die Quelle mit hochgeladen werden, sonst funktioniert die Eingabe nicht. „Außerdem überprüfen wir alle Daten anhand der mit hochgeladenen Quelle noch einmal", sagt Sachse. Im virtuellen Redaktionsraum erscheint dann, für alle angemeldeten Nutzer sichtbar, ein grünes Häkchen mit „verifiziert". „Wir arbeiten ja mit Menschen, die wir nicht kennen", sagt Sachse. „Deshalb muss sich auch jeder anmelden, bevor er mitmachen kann."

https://crowdnewsroom.org

Aufruf von Correct!v und FAZ zu gemeinsamer Recherche für jedermann: https://crowdnewsroom.org

Sparkassenverband prangert FAZ an

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) greift die Frankfurter Allgemeine Zeitung wegen des Rechercheprojekts an. Das sei „eine neue Form von Kampagnenjournalismus", erklärte DSGV-Kommunikationschef Christian Achilles gegenüber Kress. Erst werde das Thema gesetzt, dann beginne die Recherche. Zudem würden „diverse unrichtige Behauptungen" verbreitet.

Nutzerzahl verdoppelt. Und weil jeder Fehler machen kann, gibt es eine Kontrollinstanz: „Zwei redaktionelle Mitarbeiter machen gerade den ganzen Tag Faktenchecks zur Sparkassenrecherche". Denn: die Resonanz auf das Crowdsourcing-Projekt ist enorm: Schon nach 24 Stunden hatten 166 Benutzer 23 Sparkassen bearbeitet und 713 Datensätze eingetragen. Nach einer Woche hat sich sowohl die Sparkassen als auch die Nutzerzahl verdoppelt, berichtet Sachse. „Es werden täglich mehr." Die meisten seien keine professionellen Journalisten, glaubt er. „Das merken wir an den Rückfragen." Aber jetzt arbeiten sie journalistisch. „Wir wollen so auch die Arbeitsweisen von Journalisten transparent machen und vermitteln", sagt Sachse. Auch, damit Bürger Informationen und ihren Wahrheitsgehalt besser einschätzen könnten. „In Zeiten von Lügenpresse-Vorwürfen und immer mehr Informationsangeboten ist uns der Bildungsauftrag im Projekt sehr wichtig." Künftig will die gemeinnützige Rechercheplattform häufiger mit Bürgern zusammen recherchieren, die virtuelle Redaktion aus den jetzt entstehenden Erfahrungen weiterentwickeln.

Crowdsourcing eignet sich gut für investigative Recherchen, findet der Münchener Kommunikationswissenschaftler Christoph Neuberger. „Wenn es darum geht, in Fleißarbeit große Datenmengen zu bearbeiten, ist eine Recherche mit Bürgerbeteiligung eine

sehr gute Möglichkeit, solche Themen als Redaktion überhaupt realisieren zu können", sagt der Professor.

Neu ist sie nicht, in diesem großen Stil gab es sie aber in Deutschland noch nicht: Der britische *Guardian* rief 2009 im viel beachteten Projekt „Investigate your MP s expenses" seine Leser auf, die zuvor im Parlament veröffentlichten Spesenabrechnungen der Unterhaus-Abgeordneten auf Unstimmigkeiten zu untersuchen – und deckte mit Hilfe der Crowd tatsächlich welche auf. „Es funktioniert, wenn eine gut vorbereitete konkrete Aufgabe an die Bürger gegeben wird", sagt Neuberger. Und in Zusammenarbeit mit professionellen Journalisten – gerade, wenn es um komplexe Recherchen geht wie im Sparkassenprojekt. „Die Ergebnisse aus den Daten zu ziehen, die Übersicht zu behalten und alles in den Gesamtzusammenhang zu stellen, funktioniert nur über Profis."

So sieht das auch Wiebke Möhring von der Hochschule Hannover, die wie Neuberger zu Bürgerjournalismus und journalistischen Arbeitsweisen geforscht hat. „Wenn eine Crowd eine journalistische Rechercheaufgabe bewältigen kann, heißt das nicht, dass eigentlich jeder Mensch Journalist ist", sagt die Professorin. „Um die Ergebnisse zu filtern, Uneindeutiges einzuschätzen und darauf zu reagieren, braucht es einiges Mehr an Ausbildung und Professionalität, als es von Laien vorausgesetzt oder schnell erlernt werden kann." Ein investigatives Projekt mit Bürgerbeteilung funktioniere nur mit absoluter Transparenz über die Arbeitsweise und einer Kontrolle der Rechercheergebnisse durch Journalisten, „sonst ist das Ergebnis nicht verlässlich, vor allem nicht, wenn so viele unterschiedliche Personen beteiligt sind."

Screenshot: www.facebook.com/correctiv.org

In Konkurrenz zum Profijournalismus sehen beide Forscher Bürgerjournalismus – auch in dieser Form des Crowdsourcings – nicht. „Er ersetzt ja keine journalistischen Arbeitsplätze, sondern er ergänzt und verändert Arbeitsweisen und journalistische Produkte", sagt Neuberger. Zudem sei die Einbindung von Bürgerjournalisten keine „Gelddruckmaschine", auch wenn das in Bezug auf Leserreporter immer wieder diskutiert werde. Diese würden in der Regel zwar nicht für Beiträge bezahlt, bei der Umsetzung bräuchten sie aber mehr Betreuung als professionelle freie Journalisten.

Auch Correct!v und *FAZ* zahlen den Rechercheuren nichts. „Die Nutzer lernen journalistisches Arbeiten und sind motiviert, etwas herauszufinden, das sie selbst betrifft", sagt Jonathan Sachse von Correct!v. Er weiß das aus den vielen Mails, die die Redaktion über den virtuellen Newsroom erreichen. Mails, in denen den Profis auch viele inhaltliche Detailfragen zum Rechercheauftrag gestellt werden, die sie alle so schnell wie möglich beantworten wollen. Auch in Projekt-Vorbereitung steckt monatelange Arbeit. „Gewinn machen wir damit nicht", sagt Sachse. „Aber wir alle profitieren von neuen Journalismusformen."

Miriam Bunjes ■

Anzeige

Dr. Georg Schreiber
Medien-
2015 preis

Zugelassen sind Beiträge junger Journalistinnen und Journalisten bis einschließlich 35 Jahre zu den Themen Gesundheit und Soziales, die zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2015 in einer in Bayern erscheinenden Zeitung oder Zeitschrift veröffentlicht oder von einem Rundfunksender mit redaktionellem Sitz bzw. einem Landesstudio in Bayern ausgestrahlt worden sind. Zugelassen sind entsprechend auch speziell für das Internet produzierte Beiträge auf allgemein zugänglichen Webadressen. Beiträge aus den elektronischen Medien außerhalb Bayerns müssen einen thematischen Bezug zum Freistaat haben.

Im Printbereich wird zudem ein bundesweiter Sonderpreis ohne Altersbeschränkung vergeben.

Der Medienpreis ist mit insgesamt 30.500 Euro dotiert.

Informationen und Anmeldung:
Internet: www.aok-medienpreis.de
e-mail: medienpreis@by.aok.de
Telefon: 089 62730-184
AOK Bayern, Zentrale,
z. Hd. Frau Andrea Winkler-Mayerhöfer
Carl-Wery-Str. 28, 81739 München

Ausgeschrieben von der AOK Bayern in Zusammenarbeit mit den Nachwuchsjournalisten in Bayern e.V. (NJB) - unterstützt von der Deutschen Journalistenschule München e.V. (DJS).

DJS. njb AOK Die Gesundheitskasse.

Bessere Verträge für freie dpa-Bildjournalisten

Regelungen werden mit jedem Fotografen einzeln abgeschlossen

Nach vier Gesprächsrunden zwischen den Gewerkschaften dju und DJV in ver.di und der dpa-Geschäftsführung wurden Verbesserungen der Verträge für die freien Bildjournalistinnen und -journalisten erzielt. Die Gespräche waren im Februar dieses Jahres aufgenommen worden. Die dpa wird die Zeitpauschalen für Fotoaufträge um durchschnittlich 2,5 Prozent erhöhen; diese Regelung soll für alle freien Bildjournalisten gelten.

Darüber hinaus gibt es Verbesserungen für diejenigen Fotografen, die bei dpa regelmäßig Honorare von mindestens 21.000 Euro im Jahr verdienen. Sie erhalten ein so genanntes Urlaubsersatzentgelt, das einem durchschnittlichen Monatshonorar des Jahres entspricht. Hinzu kommt eine Pauschale für Telekommunikationskosten in Höhe von 20 Euro. Die neuen Verträge sollen ab dem 1. Januar 2016 gelten, dabei erfolgen die Zahlungen für den Urlaub aber für das Jahr 2015, unter Anrechnung eventuell schon gezahlter Leistungen.

Die dpa will diese Regelungen einzelvertraglich mit den Bildjournalisten vereinbaren. Zum Abschluss eines Tarifvertrags für arbeitnehmerähnliche Freie, der von den Gewerkschaften ursprünglich gefordert wurde und somit ohne weitere Vereinbarung gegolten hätte, war dpa nicht bereit.

„Die Gewerkschaften empfehlen den berechtigten Bildjournalisten, das Angebot der dpa anzunehmen", erklärten die Verhandlungsführer Cornelia Haß von dju in ver.di und Michael Hirschler vom DJV. „Auch wenn wir uns erheblich mehr in einem verbindlichen Tarifvertrag gewünscht hätten, sehen wir gerade bei den Honorarerhöhungen und in den Bestimmungen zum so genannten Urlaubsersatzentgelt erhebliche Fortschritte." Insgesamt gebe es jetzt für die Bildjournalisten statt einer Vielzahl verwirrend unterschiedlicher Regelungen das Angebot einer einheitlichen Grundlage der Arbeitsbedingungen. In der Summe könne von einem deutlichen Plus für die Bildjournalisten gesprochen werden. DJV und dju unterstrichen, dass das Angebot in einem insgesamt sehr schwierigen Marktumfeld erfolgt sei und daher durchaus bemerkenswert ausfalle. Zudem begrüßten sie die Bereitschaft von dpa, auch in Zukunft Gespräche über die Vertragsbedingungen freier Journalistinnen und Journalisten zu führen. **PM** ■

Neue Tarifverhandlungen für Film- und Fernsehschaffende

ver.di fordert mehr Lohn und bessere Regelungen zur Arbeitszeit

Zur ersten Tarifverhandlung, die am 27. November zwischen der Produzentenallianz und der ver.di FilmUnion in Berlin stattfand, legte die Gewerkschaft ihre Forderungen vor. Dazu zählt unter anderem eine Erhöhung der Wochengagen um 50 Euro. Bei mittleren Gagen von rund 1.000 Euro entspricht das einer Steigerung von fünf Prozent, bei niedrigeren Gagen fällt die prozentuale Steigerung entsprechend höher aus.

Künftig sollen zudem Beschäftigte der Beleuchtungs- und Kamerabühnen-Abteilung in die Gagentabelle aufgenommen werden. Für ver.di steht auch das Thema Arbeitszeit im Fokus. So soll die tägliche Arbeitszeit auf zwölf Stunden begrenzt werden. Die oft langen Anreisen zu Drehorten, die sogenannten Shuttle-Zeiten, sollen in der bezahlten Arbeitszeit berücksichtigt werden. Auch braucht es Verbesserungen bei den bereits existierenden Zeitkonten zum Ausgleich von Mehrarbeit. „Filmschaffende arbeiten in wenigen Wochen und Tagen sehr intensiv und konzentriert. Die täglichen Arbeitszeiten werden dann oft weit überschritten. Außerdem brauchen Filmschaffende eine deutliche Steigerung der niedrigen Wochengagen, denn sie sind darauf angewiesen, dass sie auch bei kurzen Beschäftigungszeiten und wenigen Projekten im Jahr ein angemessenes und gutes Einkommen erzielen", sagte ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel.

Mit Sorge betrachtet von Fintel, dass viele Filmproduktionen sich an den Tarifregelungen vorbei mogeln oder Auftraggeber gar nicht mehr tarifgebunden sind. Zusammen mit der Produzentenallianz will ver.di darum auch eine stärkere Tariftreue erreichen. Die Produzentenallianz lehnte heute rigoros jede Einschränkung der Arbeitszeitregeln ab und ist nur zu Tariferhöhungen von 1,3 Prozent ab April 2016 und 1,5 Prozent im Jahr 2017 bei einer zweijährigen Laufzeit bereit. „Das ist inakzeptabel", so von Fintel. Die Verhandlungen werden am 21. Januar 2016 in München und am 1. März 2016 in Berlin fortgesetzt. **Red.** ■

Die Forderungen

der ver.di FilmUnion sind auch mit Hilfe einer Umfrage unter etwa 900 Filmschaffenden ermittelt worden: **http://tinyurl.com/ngxnklu**

Start der Tarifrunde in den CinemaxX-Kinos

Unter dem Motto „Aktiv werden für den Tarifvertrag" ist ver.di mit einer Umfrage unter den Beschäftigten der CinemaxX-Kinokette in die Tarifrunde 2016 gestartet und spricht nach einer konstruktiven ersten Verhandlungsrunde von einem „positiven Signal".

Wie hoch sollen die Entgeltsteigerungen sein? Und welche Themen sollten sonst noch in der anstehenden Tarifrunde verhandelt werden? Das wollte ver.di von den Beschäftigten der CinemaxX-Kinos wissen und hat dazu seit August Fragebögen in den verschiedenen Häusern verteilt und die möglichen Forderungen auf diversen Betriebsversammlungen diskutiert. Darüber hinaus wurden die CinemaxX-Mitarbeiter aufgefordert, sich auch aktiv in die Tarifrunde einzubringen und ihre Bereitschaft zur Unterstützung von ver.di-Aktionen sowie gegebenenfalls Arbeitskampfmaßnahmen zu signalisieren.

Die aktive Beteiligung der CinemaxX-Beschäftigten an mehreren Streiks und Demonstrationen war maßgeblich für den Erfolg der vorangegangenen Tarifrunde in den CinemaxX-Kinos. 2012 hatte ver.di nach 11-monatigen Verhandlungen im Mittel eine Tariferhöhung von 9,74 Prozent sowie eine Erhöhung der Jahressonderzahlung und eine Anhebung des Mindesturlaubs auf 27 und dann auf 28 Tage erreicht.

Für die aktuelle Runde hat die ver.di-Tarifkommission nun nach Auswertung der Fragebögen einen recht umfangreichen Forderungskatalog beschlossen, der neben der Entgelterhöhung auch die Erweiterung der Berufsjahresstufen, die Zuschläge, die Jahresssonderzahlung, die Beantragung des Urlaubs, die Teilzeitbeschäftigung sowie die unbezahlte Freistellung umfasst. Konkret geht es beispielsweise beim Entgelt um die Erhöhung der Stundenlöhne um 20 bis 60 Cent je nach Tätigkeitsbereich und Berufsjahren. Darüber hinaus wünschen sich Beschäftigte wie Tarifkommission zusätzliche Berufsjahresstufen nach 8, 11, 14 und 17 Jahren sowie die Aufnahme der Tätigkeitsbeschreibung von Assistenten der Betriebsleitung und der Serviceleitung in den Tarifvertrag. Was die Zuschläge betrifft, fordert ver.di von der CinemaxX-Geschäftsführung, den hundertprozentigen Zuschlag für die Arbeit am Ostersonntag und Pfingstsonntag wie auch am 24. und 31. Dezember als grundsätzlich arbeitsfreie Tage wieder in den Tarifvertrag aufzunehmen. Ferner sollen Nachtarbeitszuschläge generell ab 23:00 Uhr gezahlt werden, auch wenn die Schicht bereits um 24:00 Uhr endet. Die Laufzeit des Tarifvertrags soll nicht mehr als 24 Monate betragen.

Mit diesen Forderungen ist die ver.di-Tarifkommission am 13. November in der CinemaxX-Zentrale in Hamburg in die erste Verhandlungsrunde gegangen. Von einem „sehr konstruktiven und zielorientierten Verlauf der Gespräche" spricht der Verhandlungsführer und ver.di-Tarifsekretär Frank Schreckenberg. Sollte sich dieses positive Signal auch in den kommenden Verhandlungen bestätigen, rücke ein guter und zudem schneller Tarifabschluss durchaus in den Bereich des Wahrscheinlichen. Die nächste Verhandlung ist auf den 8. Dezember terminiert.

Monique Hofmann ■

Nachrichten per WhatsApp

Aktuelle News zu den Tarifverhandlungen können CinemaxX-Beschäftigte und Interessierte auch per WhatsApp direkt auf ihr Smartphone erhalten.

Dazu muss die Nummer **+49 1575 583 94 64** unter dem Namen CinemaxX Tarifbewegung den eigenen Kontakten hinzugefügt und dann eine WhatsApp-Nachricht mit dem Inhalt CinemaxX Tarifinfos Start gesendet werden.

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

Harburger Blatt

Wer sagt eigentlich, dass die Printzeitung keine Zukunft hat? Peter Noßek hat 2013 damit begonnen, mit der 14-tägig erscheinenden Stadtteilzeitung Harburger Blatt den Gegenbeweis anzutreten. In diesen Tagen feiert die nach eigenem Bekunden „Freie Zeitung für Harburg Stadt Land Fluss" mit ihrer 50. Ausgabe ihr zweijähriges Bestehen.

Im digitalen Zeitalter moderner Medienpräsenz geht Noßek den geradezu anachronistischen und bisweilen sozialromantischen Weg, indem er voller Überzeugung auf sein Druckerzeugnis, das er für einen Euro anbietet, setzt. Kontinuierlich rund 2000 verkaufte Exemplare pro Ausgabe geben ihm scheinbar Recht. Ein paar wenige Anzeigenkunden aus dem Stadtteil im Hamburger Süden ergänzen das Budget. Die zwölf Seiten werden jedes Mal durch ein kleines engagiertes Team mit viel Herzblut gefüllt. Dazu gehören wenige Autoren, ein Grafiker, Zeichner und meist von Nußek selbst gemachte Fotos. Geld zum bescheidenen Bestreiten seines Lebensunterhaltes kann nur Initiator Nußek aus dem Blatt ziehen. „Zu gerne würde ich anderen Autoren auch ein Honorar zahlen", doch das gebe der Ertrag nicht her, schildert der 56-Jährige beinahe entschuldigend die Situation.

Gefragt nach den Inhalten und der Themenauswahl, sagt der studierte Sportwissenschaftler, der nun als Herausgeber, Chefredakteur, Reporter, Fotograf, Anzeigenbeschaffer, Vertriebssachbearbeiter und kaufmännischer Projektleiter den Allrounder gibt: „Wir hecheln nicht dem Terminjournalismus hinterher." Das Harburger Blatt sei für Geschichten da, die andere Medien nicht oder noch nicht haben. Auf der wöchentlichen Redaktionskonferenz werden dann laut Noßek auch keine Einladungen zu Pressekonferenzen gesichtet, sondern immer die Frage nach der individuellen Story gestellt: „Was hast Du erlebt? Was ist Dir passiert? Welche Idee hast Du?" So ist bei den Beiträgen die persönliche Note gewährleistet – zugleich ein Kriterium von Nähe, das die Harburger Leserschaft besonders schätzt. Zur Nähe gehört auch, dass Noßek selbst 70 Vertriebsstellen mit seiner Zeitung versorgt und dabei eine Leser-Blatt-Bindung hautnaher als jede etablierte Zeitung erlebt.

Noßek hat versucht, mit dem Projekt ein wenig das Nachrichten übermittelnde Vakuum zu füllen, das die aus finanziellen Gründen erfolgte Einstellung der Harburger Anzeigen und Nachrichten Ende September 2013 hinterlassen hat. Bei der mit über 169-jähriger Geschichte ältesten Tageszeitung Hamburgs war Noßek bis zu ihrem Aus insgesamt 18 Jahre journalistisch als freier Mitarbeiter tätig. Seine damit verbundenen Kontakte und Bekanntschaften innerhalb des Süderelbe-Stadtteils haben sich fürs Harburger Blatt als sehr hilfreich erwiesen.

Im Internet findet man zum Harburger Blatt nur eine Impressum-Seite, sonst nichts, dazu noch einen Facebook-Auftritt. „Ich gebe dem Internet nichts, weil es den Dingen den Wert nimmt", begründet Noßek die Netz-Abstinenz. Dieter Hanisch ■

Spiegel im Umbaumodus

Massiver Stellenabbau im Print-Magazin und neue Online-Projekte

Foto: wikimedia / Dennis Siebert

Spiegel-Gebäude Hamburg, Ericusspitze, bei Nacht

Beim Spiegel geht der Start neuer Online-Projekte einher mit massiven Kürzungen bei Print. Jeder fünfte Arbeitsplatz wird gestrichen, 149 insgesamt. Betroffen sind Beschäftigte im Verlag, der Dokumentation und in der Redaktion.

Den Unternehmensangaben zufolge sollen möglichst bis Ende 2016 rund 35 Vollzeitstellen in der Redaktion, 14 in der Dokumentation und 100 im Verlag wegfallen. Insgesamt hat sich der *Spiegel* Verlag vorgenommen, bis 2018 knapp über 16 Millionen Euro einzusparen. Es gebe keine Alternative, „wenn wir die wirtschaftliche Zukunft unseres Unternehmens sichern wollen", begründete *Spiegel*-Verlagsgeschäftsführer Thomas Hass am 2. Dezember in Hamburg das Reform-Vorhaben. Mitarbeiterzahl, Personal- und Sachkosten seien seit 2011 stabil geblieben, während die Auflage zurückgegangen sei und weniger Anzeigen verkauft werden konnten. Insgesamt gibt es im *Spiegel*-Verlag derzeit 727 Stellen, 2018 sollen es noch 587 sein(kress).

Bis Mai 2016 soll es keine betriebsbedingten Kündigungen geben. „Als letzter Schritt" könnten sie danach jedoch nicht ausgeschlossen werden, so Hass. Beim Personalabbau werde vor allem auf „freiwillige Beendigungen" gesetzt, erklärte Hass auf einer Mitarbeiterversammlung. Es werde dafür einen „eigenen, verantwortungsvollen *Spiegel*-Weg geben", der „in enger Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat sorgfältig vorbereitet wird".

ver.di kritisierte den geplanten Stellenabbau im Spiegel Verlag scharf. „Man kann nicht zahlreiche Zukunftsprojekte starten und gleichzeitig zum Abriss übergehen", sagte ver.di-Fachbereichsleiter Martin Dieckmann. Das Signal, dass der Verlag damit aussende, sei verheerend für den *Spiegel* als Marke und Unternehmen. „Für eine Neuausrichtung ist der *Spiegel* Verlag wirtschaftlich stark genug, um auf Kündigungen und Stellenabbau zu verzichten", sagte Dieckmann. Als Gewerkschaft werde sich ver.di aktiv für „Alternativen zum Abriss" einsetzen.

Zur Neuausrichtung gehört die Entwicklung von15 Digitalprojekten, die innerhalb von sechs Monaten entwickelt wurden. 11 davon sollen jetzt umgesetzt werden. So wird von Februar 2016 an für drei Monate ein achtseitiger *Spiegel*-Regionalteil für Nordrhein-Westfalen getestet. Bereits Mitte Dezember soll es eine perfektionierte Spiegel-App im neuen Layout geben, die natürlich responsiv daher kommt, das heißt, sie passt sich automatisch verschiedenen Geräten an. Zudem sollen Artikel in sozialen Netzwerken geteilt werden können. „*Spiegel Daily*" heißt ein neues digitales Nachrichtenangebot, das von Montag bis Freitag vor 17 Uhr erscheinen wird. Das kostenpflichtige Produkt soll im ersten Halbjahr 2016 gestartet werden. **wen** ■

Abendzeitung im Aufwind

Wieder mehr Mitarbeiter für ein erweitertes Angebot

Die Münchener Abendzeitung (AZ) befindet sich knapp eineinhalb Jahre nach der Anfang Juli 2014 erfolgten Übernahme durch die Mediengruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung und den Münchner Unternehmer Dietrich von Boetticher wieder im Aufwind", erklärte das Unternehmen.

Für die *AZ* arbeiteten mittlerweile wieder 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit mehr als doppelt so viele Personen, wie beim Neustart zunächst maximal vorgesehen waren, heißt es weiter. „Im Zuge des Personalaufbaus hat die Zeitung in den vergangenen Monaten erheblich das redaktionelle Angebot erweitert und die Leser-Blatt-Bindung verstärkt. Die Entscheidung, im ersten Teil der Zeitung mit der ausführlichen München-Berichterstattung anstatt der Weltpolitik zu beginnen, haben die Leser positiv aufgenommen. Neben der lokalen Berichterstattung hat die *AZ* auch den Politikteil ausgeweitet. Die Freitagsausgabe wurde um eine Kinderzeitung und die Samstags-*AZ* um ein Wochenendmagazin aufgewertet. Ab Mitte Dezember wird die *AZ* auch wieder ein eigenes wöchentliches Fernsehjournal anbieten."

Im dritten Quartal 2015 lag die verkaufte Auflage der AZ laut IVW bei rund 51.300 Exemplaren (Mo – Sa) und damit deutlich über der Gewinnschwelle des Blattes. Beim Neustart Mitte 2014 habe sich die verkaufte Auflage zunächst bei gut 40.000 Exemplaren bewegt.

Weiterhin sehr erfolgreich sei der Online-Auftritt www.az-muenchen.de. Auch nach der Beendigung der Kooperation mit der *Süddeutschen Zeitung* belegt das Internetangebot der *AZ* mit rund 2,4 Mio. Unique Usern (Juli 2015, Quelle: AGOF Digital Facts) Platz 10 unter den reichweitenstärksten Tageszeitungen in Deutschland.

Die *Abendzeitung München* ist nicht tarifgebunden. Die Zeitung musste im März 2014 Insolvenz anmelden und ging im Juni dann in die neuen Hände über (M 5/2014 berichtete). Damals verblieben nur 25 Beschäftigte von rund 100 bei der *AZ*. **Red.** ■

Fotos: Herbert Steinfort

Protestaktion vor der Rostocker Ostsee-Zeitung im Oktober

Spardiktat à la Madsack

Redaktionen schrumpfen, Einheitsseiten kommen aus der Zentralredaktion, Lokales bleibt auf der Strecke

Madsack bastelt fleißig an seinem Umstrukturierungsprogramm 2018. Binnen fünf Jahren wurde eine Einspar-Zielmarke von 44 Millionen Euro ausgegeben. An mehreren Standorten werden dafür in Redaktionen und Verlagsbereichen rigide Streichvorgaben vorgelegt. Derzeit liegt der Fokus auf den Zeitungstiteln im Norden der Republik. Stellenabbau ist angesagt.

Knapp 30 Stellen stehen bei der *Ostsee-Zeitung (OZ)* in Rostock zur Disposition, fast ein Viertel des eigenen Personaltableaus. Auch die *Lübecker Nachrichten (LN)* wären mit dem Wegfall von einem Drittel ihrer bisherigen Redaktionsstellen betroffen. ver.di-Fachbereichsleiter Martin Dieckmann spricht von einer Kampfansage an die Belegschaften. Er sieht in den Kahlschlagplänen letztlich einen „umfassenden Sanierungsplan, der die Eigenständigkeit der Zeitungsverlage gefährdet."

Zur Zentralisation der Zeitungsproduktion bei Madsack gehört die neueste Ansage aus Hannover, die erst 2008 als gemeinsame Mantelredaktion für *OZ* und *LN* eingerichtete Redaktions-Service-Gesellschaft (RSG) aufzulösen. Dafür wird die Mantelbelieferung im überregionalen Bereich, also bei Politik, Wirtschaft und Unterhaltung, fortan vom in Hannover bei Madsack ansässigen Redaktions-Netzwerk Deutschland (RND) übernommen. Komplette Sportseiten werden hier für alle gleichermaßen erstellt. Die baldige Ablösung des *OZ*-Wochenendjournals durch das Madsack-Einheitsprodukt ist ausgemacht.

Dieckmann fürchtet eine schleichende Entfremdung von der Leserschaft. „Von Hannover als Konzernzentrale aus kann man Zahlen rechnen, aber man erreicht dann die Menschen an der Ostsee nicht mehr", sagt der langjährige ver.di-Medienexperte. Die Folgen liegen auf der Hand. Solch ein Prozess entwickelt sich gerade bei den *Kieler Nachrichten (KN)*, wo inhaltlich immer mehr Hannover und immer weniger Kiel zu entdecken ist und der örtlichen Berichterstattung zum Leidwesen der Regionalbüros immer weniger Platz eingeräumt wird. Am Beispiel *KN* wird aber auch deutlich, wie sehr gestandene Redakteure um ihren Arbeitsplatz bangen, was sich darin zeigt, dass sie sogar in ihrer Freizeit am Wochenende Termine wahrnehmen und Texte liefern. Erwartet wird, dass die festangestellten Redakteure die reduzierten Budgets für freie Mitarbeiter durch ihre Tätigkeit kompensieren. Unumgänglich bleibt da eine Arbeitsverdichtung.

Genau die droht auch dem verbleibenden Personalstamm bei *LN* und *OZ*. Unverantwortlich, heißt es dazu etwa vom Rostocker Betriebsrat. Dort ist man besonders darüber empört, dass seitens des Verlagsmanagements flächendeckend in den Lokalredaktionen zwischen Usedom und Grevesmühlen der Rotstift angesetzt werden soll. Demnach wünscht sich Madsack, dass ein Großteil der Sekretariatsstellen, ohnehin oft nur als Halbtagsbeschäftigung ausgewiesen, wegfallen. Den verbleibenden Redakteuren würde so zusätzlich die wichtige administrative Begleit- und Servicearbeit aufgebürdet. Aber auch der Kontakt zu den Lesern dürfte leiden, wenn diese in den Lokalredaktionen künftig keinen mehr antreffen: die Reporter unterwegs, die produzierenden Redakteure an zwei zentralen Desks in Rostock und Stralsund versammelt und das Sekretariat unbesetzt.

ver.di will gemeinsam mit dem DJV ab nächsten Monat über Standort- und Beschäftigungssicherung verhandeln. Seitens der *OZ*-Beschäftigten spielt insbesondere die Forderung nach einer verbindlichen Regelung für eine redaktionelle Mindestbesetzung eine elementare Rolle. Bereits heute wird mit einer Überstundenerfassung eine überbordende Arbeitsbelastung sichtbar gemacht. Noch mehr Aufgaben auf noch weniger Schultern verteilen – wenig plausibel, nicht zuletzt mit Blick auf die Qualität der Zeitung.

Bei den *Lübecker Nachrichten* laufen zurzeit Sozialplanverhandlungen. Der Betriebsrat steht den Stellenstreichungen kritisch gegenüber. „Wir sehen nicht, dass die lokale Berichterstattung gestärkt werden soll, wenn auch dort Stellen abgebaut werden", sagt die Betriebsratsvorsitzende Karin Luther. Leider erhalte der Betriebsrat bisher kaum Informationen über die konkreten Vorhaben bei den *Lübecker Nachrichten* und werde nicht in die Planungen einbezogen. „Diese Ungewissheit hat zu Folge, dass große Unruhe unter den Beschäftigten herrsche", so Luther. „Deshalb verlangen wir von Madsack Klarheit. Der Konzern muss für die Kolleginnen und Kollegen eine Perspektive schaffen."

Detlef Schütz, Konzernbetriebsratsvorsitzender der Mediengruppe Madsack, im Gespräch mit Minister Christian Pegel (SPD) aus Mecklenburg-Vorpommern

Bei der *OZ* geben sich Betriebsrat und gewerkschaftliche Vertrauensleute gleichermaßen entschlossen und verweisen auf den reichen Erfahrungsschatz: Kampfaktionen 2009 und 2010 hatten zuletzt die Schließung der *OZ*-Anzeigenproduktion verhindert und mehrere Dutzend Stellen gesichert. Da die SPD über ihre Medienholding ddvg größter Einzelgesellschafter bei der Madsack-Mediengruppe ist, wird die aktuelle Auseinandersetzung unweigerlich auch auf die politische Bühne gezogen, zumal im nächsten Jahr Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern anstehen. In einem Offenen Brief, der bei einer Regionalkonferenz in Rostock Ministerpräsident Erwin Sellering und anderen sozialdemokratischen Politikern übergeben wurde, hat die Belegschaft die Partei bereits auf ihre soziale Verantwortung in dieser Angelegenheit hingewiesen, die sie öffentlich ja so gerne propagiert.

Larissa Heinrichs ■

Kampf um Onlinewerbung

Verlage wehren sich gegen Adblocker – vor Gericht und direkt im Browser

Bild: Band: Fotolia/vege. Schild/Retushe: Petra Dreßler

Die Lage ist ernst – zumindest wenn man sich nach der Lautstärke der Branchenvertreter richten kann. FAZ-Redakteur Michael Hanfeld spricht von einer „Mafia 4.0", der Chef des Interactive Advertising Bureau (IAB), Randall Rothenberg gar von einer „Internet-Apokalypse". Nilay Patel, Chefredakteur der US-Webseite The Verge prophezeit: „Es wird zu einem Blutbad an den unabhängigen Medien kommen." Grund für den Pessimismus sind die immer weiter verbreiteten Adblocker, die automatisiert und zuverlässig fast jede Werbung im Browser unterdrücken. Jeder vierte deutsche Internetnutzer blockiert Werbung im Internet.

Eigentlich sind solche Programme ein alter Hut. Schon 1998 veröffentlichte ein deutsches Startup das Programm „Webwasher", das Banner und Popup-Fenster aus dem Datenstrom fischte, bevor sie zum Browser gelangen konnten. Aus der Nischenanwendung ist inzwischen ein Massenphänomen geworden. Laut einer Studie der Firmen Pagefair und Adobe nutzten im Juni 2015 bereits knapp 200 Millionen Nutzer weltweit Adblocker. In Deutschland ist es demnach jeder vierte Internetnutzer. Die Tendenz: stark steigend. Die deutsche Werbebranche kommt auf ähnliche Zahlen: Nach Zählung des Online-Vermarkterkreises werde bei 21,5 Prozent der Aufrufe deutscher Webseiten Werbung aussortiert. Bei technisch orientierten Angeboten liegt die Quote teilweise über 50 Prozent.

Blocker gegen Blocker. Insbesondere der Axel Springer-Verlag hat den Werbeblockern nun den Kampf erklärt. Bereits seit vergangenem Jahr geht der Verlag vor Gericht gegen den Hersteller des populären Adblockers „Adblock Plus" (ABP) vor, die Kölner Firma Eyeo. Nachdem der Verlag – wie andere Medienhäuser – in erster Instanz gescheitert war, nahm er den Kampf direkt im Browser auf.

Wer seit Oktober *Bild.de* mit einem Adblocker aufrufen will, bekommt eine Fehlermeldung angezeigt. „Mit aktiviertem Adblocker können Sie *Bild.de* nicht mehr besuchen", heißt es dort. Und weiter: „Ohne Erlöse aus dem Verkauf von Werbeplätzen können wir die Arbeit unserer Journalisten nicht finanzieren." Verbunden ist die Meldung mit einer Anleitung, den Adblocker zu deaktivieren. Alternativ können Leser für drei Euro pro Monat ein werbereduziertes Angebot abonnieren.

Der Verlag spricht nach den ersten Wochen von einem Erfolg: „Die Adblocker-Rate ist innerhalb von zwei Wochen um zwei Drittel zurückgegangen", sagt Verlagssprecherin Sandra Petersen im Gespräch mit *Menschen Machen Medien*. Ergebnis: „Es gab drei Millionen zusätzliche vermarktbare Visits, ohne dass sich die Reichweite von *Bild.de* signifikant verringert hat", erklärt Petersen. Dieser zumindest zeitweilige Erfolg war aber nur mit großem Aufwand durchzusetzen. So hat der Verlag Eyeo per Einstweiliger Verfügung vom Landgericht Hamburg verbieten lassen, die Adblocker-Sperre zu umgehen.

Erpressung oder Angebot? Obwohl es mittlerweile eine ganze Reihe von Werbeblockern gibt, steht Eyeo im Zentrum der Kritik. Denn die Kölner Firma filtert nicht nur Werbung aus, sondern bietet Unternehmen auch an, so genannte „nicht nervende" Werbung freizuschalten. Das heißt: Keine Videos, keine Töne, keine Banner, die den Inhalt verdekken. Dieses „Acceptable Ads" getaufte Geschäftsmodell ist für Eyeo höchst einträglich. Konzerne wie Google, Amazon und United Internet gehören bereits zu den zahlenden Kunden. Die Gegner werfen Eyeo Erpressung vor. Die Kölner Firma selbst sieht sich als Dienstleister mit einem innovativen Angebot und nimmt inzwischen auch andere Werbeblocker unter Vertrag.

Doch Adblock Plus nicht mehr das einzige Problem für die Werbebranche. So bekommt der populäre Browser Firefox einen Tracking-Blocker integriert, der auch Werbung unterdrückt. Das US-israelische Unternehmen Shine wirbt gar damit, Werbung direkt beim Provider auszufiltern. Dass dies nicht nur aus Kundeninteresse geschieht, zeigt der erste Praxiseinsatz: Der Mobilfunkprovider Digicel aktivierte Ende September den Werbeblocker für seine Kunden in Haiti – und verlangte prompt Geld von den US-Konzernen Google, Yahoo und Facebook, um deren Werbung passieren zu lassen.

Inzwischen tobt in den Browsern ein regelrechter Krieg. Immer mehr Angebote versuchen Nutzer mit Adblockern auszuschließen. Andere Anbieter setzten

Wachstum

Trotz Adblockern wächst die Online-Werbebranche. Nach Zahlen des Bundesverbandes Digitale Wirtschaft werden 2015 in Deutschland 1,7 Milliarden Euro mit „digitaler Display-Werbung" umgesetzt – 6,5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Experimente

Immer mehr Redaktionen wie das Jugendangebot der Spiegel-Gruppe „Bento" experimentieren mit „sponsored post", bei denen werbliche Inhalte in Form redaktioneller Beiträge erscheinen.

auf Techniken wie „AdDefend", die Werbung mit technischen Tricks an den Filtern vorbeischmuggelt. Doch der Kampf verschlingt viel Geld und kostet zudem Reichweite. Vertreter der Werbebranche fordern inzwischen sogar eigene Gesetze gegen Werbeblocker.

Mehr Werbung als Inhalt. Nur langsam reift bei Medienhäusern und Werbeunternehmen die Erkenntnis, dass das bisherige Werbemodell nicht mehr funktioniert. Der Nutzer wird mit einer Vielzahl möglichst auffälliger Werbung überfordert – teilweise werden ganze TV-Spots mitten in Artikeln eingeblendet. Diese Fülle ist mittlerweile selbst den Werbekunden zu viel: Sie befürchten im Getümmel auf den Bildschirmen gar nicht mehr wahrgenommen zu werden.

Um ihre Einnahmen zu steigern, haben viele Angebote immer mehr Werbenetzwerke auf ihre Seiten eingeladen. So ermittelte die *New York Times*, dass es bei den meisten Nachrichtenwebseiten länger dauert, die Werbung zu laden als die eigentlichen Inhalte. Gleichzeitig werden die Nutzer mit einer Vielzahl von Tracking-Skripten überwacht. Allein auf *FAZ.Net* finden sich laut dem Analysedienst „Ghostery" Skripte von 17 verschiedenen Anbietern, auf *Welt.de* sind es gar 29. Diese Programme ermöglichen es, einen Nutzer quer durch das Netz zu verfolgen – oder auch die Zahlungen der VG Wort zuzuordnen.

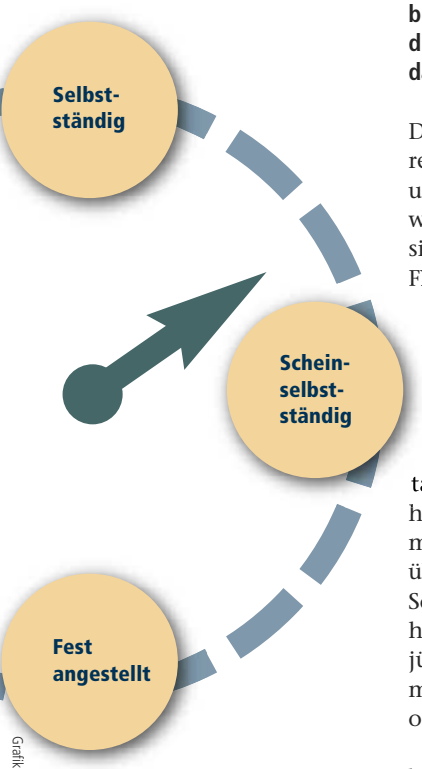
Das Modell lädt zum Missbrauch ein: So gelingt es Angreifern immer wieder, Werbeserver zu hacken, und so Computerviren auf Hunderten Webseiten gleichzeitig zu verbreiten. IAB-Manager Scott Cunningham gestand kürzlich ein: „Wir haben es vergeigt." Nun will die Werbebranche Fehlentwicklungen zurückschrauben – und gleichzeitig Werbeblocker mit allen Mitteln bekämpfen. Wer am Ende die Oberhand behält, ist noch nicht ausgemacht.

Torsten Kleinz ■

Scheinselbstständigkeit?

Funke-Mediengruppe stellt „Arbeitsverhältnisse" ihrer Freien auf den Prüfstand

Spätestens zum 1. Januar 2016 soll bei allen Titeln der Funke Mediengruppe (FMG) in der gesamten Republik die neue „Richtlinie Freie Mitarbeiter in den Redaktionen der Funke Mediengruppe (FMG)", gelten. Sie betrifft insbesondere feste Freie und Pauschalisten, die bisher und oft über Jahre wie festangestellte Redakteure in den Redaktionsbetrieb integriert waren.



Grafik: Petra Dreßler

Diese „Freien" nehmen an den Redaktionskonferenzen teil, haben Funkemedien-E-Mail-Adressen und eigene Arbeitsplätze in den Redaktionen. Sie werden auf den Dienstplänen geführt und konnten sich mit Mitarbeiter- oder Betriebsausweisen als FMG-Beschäftigte ausweisen. Diese arbeitsrechtlich nur noch zum Schein selbstständigen Beschäftigungsverhältnisse soll es künftig in den Funke Redaktionen nicht mehr geben. Die neue Richtlinie erläutert „verbindlich" in mehr als 15 Unterpunkten über mehr als zwei Din A4 Seiten detailliert, wie die Arbeitsverhältnisse zwischen tatsächlich Freien und Redaktionen auszusehen haben, damit bei den Zollämtern, die Unternehmen auf scheinselbstständige Arbeitsverhältnisse überprüfen, kein Verdacht auf Hinterziehung von Sozialabgaben aufkommen kann. Andere Medienhäuser wie HNA oder DuMont sind schon in der jüngsten Vergangenheit Ziel groß angelegter Ermittlungen der zuständigen Zollbehörden gewesen oder haben sich, wie Springer, selbst angezeigt.

Aus der Umsetzung der neuen Freien-Richtlinie bei der FMG werden sich zahlreiche Verschlechterungen für bisherige Pauschalisten ergeben, die zukünftig zum Beispiel keine Honorarfortzahlung im Urlaub und keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall mehr erhalten und nur noch bis zu 12 Tage im Monat beschäftigt werden sollen.

Seit Bekanntwerden der neuen Praxis wird in zahllosen Einzelgesprächen zwischen Chefredakteuren, Lokal und Ressortchefs versucht, „individuelle Lösungen" zu erarbeiten. Angeblich, so ist von Verlagsseite zu hören, soll niemand schlechter gestellt werden. Was allerdings angesichts der drei Varianten, die derzeit unter den Betroffenen die Runde machen. Der klare Schnitt: Überhaupt keine Weiterbeschäftigung mehr. Zweitens: die freie Mitarbeit nach Zuruf vom Homeoffice aus ohne direkte Anbindung an die Redaktion, ohne personalisierten Zugang zu Redaktionssystemen, die Abrechnung erfolgt über Anstrich oder bei Pauschalen durch Rechnungslegung. Oder Drittens: eine Festanstellung in Teil- oder Vollzeit zu für den Verlag günstigen Konditionen, sprich also unter Tarif. Die FMG soll allein in NRW etwa 7000 freie Mitarbeiter beschäftigen; in diese Zahl sind auch Rentner, Schüler und Studenten eingerechnet.

Für nicht wenige der Pauschalisten dürfte eine Klage auf Festanstellung beim Verlag mit Rechtsschutz durch ver.di eine gangbare Option sein. „Das müssen die betroffenen Kolleginnen und Kollegen für sich entscheiden, ob sie sich auf Angebote der Arbeitgeberseite einlassen und mit einem Kompromiss weiterleben können oder ob sie eine saubere arbeitsgerichtliche Klärung des Sachverhalts anstreben, die sich allerdings über mehrere Instanzen hinziehen kann", so Christof Büttner, ver.di-Mediensekretär für NRW. Die Erfolgsaussichten solcher Klagen seien schwer einzuschätzen - jedoch, nach der Umsetzung der Richtlinie werden sie gegen Null gehen. „Grundsätzlich begrüßen wir es als dju in ver.di, wenn dem Übel der Scheinselbstständigkeit auf den Grund gegangen wird. Einige Großverlage haben sich viel zu lange erfolgreich einer angemessenen Bezahlung nach Tarif entziehen können", so Büttner. **Frank Biermann** ■

Überwachungsgesetz

Bundesrat für Vorratsdatenspeicherung – Verfassungsklagen in Vorbereitung

Nach dem Bundestag hat auch der Bundesrat der umstrittenen Vorratsdatenspeicherung zugestimmt. Das Gesetz liegt Bundespräsident Gauck zur Unterschrift vor.

Trotz scharfer Kritik von Opposition und Datenschützern hatte der Bundestag Mitte Oktober eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS) beschlossen. Im Einzelnen sieht das Gesetz vor, dass Telekommunikationsanbieter die IP-Adressen von Computern und Verbindungsdaten zu Telefongesprächen zehn Wochen aufbewahren sollen. Standortdaten von Handy-Gesprächen sollen vier Wochen gespeichert werden.

Anfang November gab der Bundesrat seine Zustimmung für eine Neuauflage der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland. Für den Antrag der rot-rot-grünen Thüringer Landesregierung, den Vermittlungsausschuss anzurufen, gab es in der Länderkammer keine Mehrheit. Aus Sicht Thüringens ist die verdachtsunabhängige Speicherung von Kommunikationsdaten mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union nicht vereinbar. Linke, Grüne, Piratenpartei, FDP und Netzaktivisten halten das Vorhaben für verfassungswidrig und unverhältnismäßig. Mehrere Politiker und Initiativen hatten bereits angekündigt, gegen das Gesetz zu klagen.

Dieses Gesetz schade dem Informantenschutz und schränkt dadurch die Presse- und Rundfunkfreiheit in Deutschland in unvertretbarem Maße ein, hatten die Journalisten- und Medienorganisationen DJV, dju in ver.di, BDZV, VDZ und VPRT sowie die ARD an den Deutschen Bundestag vor der Abstimmung appelliert, mit nein zu stimmen. „Die vorgesehene Daten-Speicherung untergräbt den Schutz der Informanten, zu dem Journalistinnen und Journalisten und andere Medienmitarbeiter berechtigt und ethisch verpflichtet sind." Zu Recht habe der Europäische Gerichtshof an der für ungültig erklärten europäischen Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung beanstandet, dass ein Schutz von Berufsgeheimnisträgern vor der Speicherung ihrer elektronischen beruflichen Kontaktdaten fehlte, hieß es in der Erklärung. „Sollte das Gesetz Realität werden, können Journalisten ihren Quellen keinen Schutz vor Aufdeckung mehr bieten." Die Organisationen lehnen auch die vorgesehene Strafvorschrift zur so genannten Datenhehlerei ab, die ebenfalls erheblich in den Schutz der journalistischen Arbeit eingreife. **wen** ■

Eine Verfassungsbeschwerde
bereitet derzeit die Organisation Digitalcourage vor, sammelt Unterschriften und sucht prominente Unterstützung.
https://digitalcourage.de/weg-mit-vds
http://www.vorratsdatenspeicherung.de/

dju fordert bessere Bezahlung

Hessischer Landtag setzt sich für Qualitätsjournalismus ein

Der hessische Landtag fasste im November einen Beschluss zur Stärkung von Qualitätsjournalismus. Dabei geht es auch um die Förderung neuer Printprodukte durch die landeseigene Bank für Wirtschaftsförderung und Infrastruktur (WI Bank). Ein Runder Tisch wurde angeboten, um mit Verlegern, Journalisten und deren Gewerkschaften angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Zeitungen Lösungen zu finden.

Foto: Murat Tueremis

Joachim Legatis, Mitglied im dju-Bundesvorstand und Sprecher des dju-Landesvorstandes Hessen

Dem fraktionsübergreifenden Antrag der Regierungsparteien CDU/Grüne und der SPD hatte auch die Linke zugestimmt, sah aber die prekäre Situation vor allem freier Journalistinnen und Journalisten nur unzureichend berücksichtigt. Nur die FDP stimmte dagegen.

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di Hessen begrüßt den Beschluss. Sie schließe sich uneingeschränkt der Einschätzung des Landtags an, dass insbesondere durch Personalabbau und den Ausstieg der Zeitungsverleger aus der Tarifbindung sowie durch schlechte Bezahlung freier Journalistinnen und Journalisten die Bedingungen für eine gute Berichterstattung deutlich schlechter geworden seien, sagte Joachim Legatis, Sprecher des dju-Landesvorstandes. „Wir müssen feststellen, dass viele Verleger ihre publizistische Verantwortung nur unzureichend wahrnehmen und damit Einschränkungen der Pressefreiheit billigend in Kauf nehmen."

Der Landtag erkenne an, dass die Branche unter Druck stehe – „ein Druck, der ungemildert auf die schreibenden und fotografierenden Kolleginnen und Kollegen abgeladen wird", so Legatis. Trotz oftmals auskömmlicher Einnahmen strichen Zeitungsverlage Stellen, kürzten Gehälter und stellten junge Journalisten zu Gehältern knapp über dem Mindestlohn an. Freie Journalistinnen und Journalisten erreichten mit ihren Zeilenhonoraren oft nicht einmal den Mindestlohn. Die Zeitungsverleger seien offenkundig nicht mehr an journalistischer Qualität interessiert. „Viele Zeitungsverlage werden inzwischen rein betriebswirtschaftlich geführt und optimiert. Dann sollte aber auch das Branchenprivileg „Tendenzschutz" gestrichen werden, das die Mitbestimmung der Betriebsräte in Zeitungsverlagen stark beschneidet", fordert der dju-Sprecher. Dies müsste zumindest für die Verlage gelten, die sich zusätzlich auch noch der Tarifbindung entziehen. Die dju beteilige sich gern an einem Runden Tisch, um mit Politik und Verlegern zukunftsfähige Lösungen für eine vielfältige Medienlandschaft in Hessen zu erarbeiten. Dies setze jedoch die Einsicht der Verleger voraus, dass gute Arbeit auch gut bezahlt werden müsse. **wen/PM** ■

Pro und contra Auskunftsrecht

Entscheidung des Verfassungsgerichts zeigt: Bundespressegesetz muss her

Foto: Fabian Kurz

Die Sorge der Demonstranten bei „Freiheit statt Angst" 2013 ist nach wie vor aktuell.

Eine im Oktober veröffentlichte Verfassungsgerichtsentscheidung zum Auskunftsanspruch der Presse macht vor allem eines deutlich: Journalistinnen und Journalisten „brauchen ein Bundespressegesetz, das die Auskunftsansprüche der Medien gegenüber Bundesbehörden entsprechend den Landesgesetzen regelt", unterstreicht die dju in ver.di.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 27. Juli 2015 die Verfassungsbeschwerde des *Bild*-Reporters Hans-Wilhelm Saure zum Auskunftsrecht zurückgewiesen, da der Journalist „im Ergebnis nicht in seinen Grundrechten verletzt" sei (Az.: 1 BvR 1452/13). In dem Verfahren um die Auskunft über die Nazi-Vergangenheit früherer Mitarbeiter des BND hatte das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass Auskunftsansprüche gegen Bundesbehörden nicht auf die Landespressegesetze gestützt werden können. Seit diesem Urteil vom Februar 2013 sind Bundesbehörden presserechtlich praktisch im luftleeren Raum tätig.

Journalisten- und Verlegerverbände fordern seitdem ein Bundespressegesetz, um dem „nicht hinnehmbaren Eingriff in die grundgesetzlich geschützte Pressefreiheit" – so die dju in ver.di – abzuhelfen. Aufgegriffen wurde die Forderung seinerzeit von der SPD, die bei der Umsetzung aber – mittlerweile in der Großen Koalition – keine Eile erkennen lässt. Das Verhältnis zur Kontrolle durch die „vierte Gewalt" scheint ein anderes zu sein, wenn man selbst mitregiert.

Ein ebenfalls im Oktober veröffentlichter Beschluss des Verfassungsgerichts vom 14. September 2015 (Az.: 1 BvR 857/15) ist hingegen für das Auskunftsrecht überaus positiv. Die Karlsruher Richter entschieden, dass die Justiz ihre Urteile grundsätzlich der Presse zugänglich machen muss – auch wenn Urteile noch nicht rechtskräftig sind. Im konkreten Fall wollte ein Thüringer Zeitungsverlag über die Urteilsgründe in einem Strafverfahren berichten, in dem ein früherer Innenminister des Landes verurteilt worden war. Das Landgericht lehnte eine Übersendung der Urteilskopie ab, das Thüringer Oberverwaltungsgericht bestätigte dies mit der Begründung, nur in Ausnahmefällen könne von den Medien die Herausgabe einer Urteilskopie verlangt werden. Eine solche liege hier nicht vor.

Das Verfassungsgericht drehte jetzt das bisherige Regel-Ausnahme-Verhältnis um, denn „erst der prinzipiell ungehinderte Zugang zu Informationen versetzt die Presse in den Stand, die ihr in der freiheitlichen Demokratie zukommenden Funktionen wirksam wahrzunehmen". Information und Kontrolle seien berührt, „wenn ein Pressevertreter zum Zwecke der Berichterstattung über ein gerichtliches Strafverfahren recherchiert." Grundsätzlich entscheide die Presse, ob und wie sie über ein bestimmtes Thema berichte. Dies sei Teil ihres Selbstbestimmungsrechts. Auch die Art und Weise ihrer hierauf gerichteten Beschaffung von Informationen sei grundrechtlich geschützt, erklärte das Bundesverfassungsgericht. **Rüdiger Lühr** ■

Hunderttausendfache Verletzung von Urheberrechten

Prozess gegen Raubkopien-Portal Kinox.to begann in Leipzig

Foto: Fotolia / logo3in1

Am 30. Oktober begann in Leipzig der erste Prozess gegen einen mutmaßlichen Mitbetreiber des Raubkopien-Portals Kinox.to. Der Angeklagte steht wegen gewerbsmäßiger Urheberrechtsverletzung in mehr als 767.000 Fällen vor dem Landgericht (Az.: 11 KLs 390 Js 9/15). Die Dresdner Generalstaatsanwaltschaft wirft dem 29-Jährigen in ihrer 69seitigen Anklageschrift vor, als technischer Geschäftsführer zum Kernteam und Mitbetreiber von Kinox.to und dessen Vorgänger-Plattform Kino.to gehört zu haben. Zudem ist er wegen Nötigung, Computersabotage und Steuerhinterziehung angeklagt.

Die illegale Streaming-Plattform Kino.to war im Sommer 2011 aufgeflogen und geschlossen worden (siehe M4 und 5/2012). Kurz darauf ging der Klon Kinox.to ans Netz und ist bis heute online, denn dem Verteidiger zufolge haben zwei Flüchtige die Zugangscodes. Es sind die mutmaßlichen „Teamkollegen" des Angeklagten, die mit internationalem Haftbefehl gesucht werden. Weil den Ermittlern die Passwörter fehlen, ist Kinox.to bis heute am Netz und wird weiter mit neuen Kinofilmen aktualisiert. Der Angeklagte selbst sitzt seit seiner Festnahme im vergangenen Jahr in Untersuchungshaft und schweigt bisher.

Die meisten Beteiligten an der Vorgängerplattform Kino.to, wie der Gründer und der Chefprogrammierer, wurden in Leipzig bereits zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Auch ihnen hatte die Staatsanwaltschaft gewerbsmäßige Urheberrechtsverletzung vorgeworfen.

Für Dezember 2015 und Januar 2016 wurden insgesamt zwölf weitere Verhandlungstermine angesetzt. Mit einem Urteil ist vor Ende Januar nicht zu rechnen. **-gl** ■

Beschwerden unbegründet

Foto des toten Flüchtlingskindes am Strand – ein Dokument der Zeitgeschichte

Der Presserat hat auf der Sitzung des Beschwerdeausschusses 1 am 2. Dezember wegen schwerer Verstöße gegen den Pressekodex neun öffentliche Rügen ausgesprochen. Als Dokument der Zeitgeschichte bewertete der Ausschuss die Fotos des ertrunkenen Jungen, dessen Leichnam an einem Strand in Bodrum gefunden worden war.

Es lagen 19 Beschwerden gegen diverse Zeitungen/Zeitschriften vor, die den Jungen in ihren Print- und Onlineausgaben gezeigt hatten. Alle Beschwerden erachtete der Ausschuss als unbegründet. Die Aufnahmen des Kindes sind nicht unangemessen sensationell und nicht entwürdigend. Der vierjährige Junge war auf der Flucht mit seiner Familie über das Mittelmeer ertrunken. Das Bild löste vielfältige Emotionen aus und hatte weltweit Diskussionen über Flüchtlingspolitik angestoßen. Aus Sicht des Beschwerdeausschusses steht das Foto symbolisch für das Leid und die Gefahren, denen sich die Flüchtlinge auf ihrem beschwerlichen Weg nach Europa aussetzen. Die Dokumentation der schrecklichen Folgen von Kriegen, der Gefahren des Schlepperwesens und der Überfahrt nach Europa begründet ein öffentliches Interesse. Das Gesicht des Kindes ist nicht direkt zu erkennen. Seine Persönlichkeitsrechte werden nicht verletzt.

Als unbegründet zurückgewiesen wurden auch Beschwerden zum Foto der toten Flüchtlinge in einem Lastwagen, das verschiedene Boulevardzeitungen veröffentlicht hatten. 71 Menschen waren in einem von Schleppern gefahrenen Lastwagen erstickt. Aus Sicht des Presserats handelt es sich hier um die Berichterstattung über ein schweres Verbrechen. Hieran bestehe ein öffentliches Interesse. „Die Redaktion dokumentiert mit dem Foto die schreckliche Realität, ohne die abgebildeten Menschen zu entwürdigen. Diese sind auch nicht identifizierbar", heißt es in der Begründung. Das Foto sei furchtbar. Dennoch dürfe die Realität gezeigt werden, „solange die Darstellung nicht unangemessen sensationell ist in dem Sinne, dass die Opfer erneut zu Opfern werden". Das sei hier nicht der Fall. Die Berichterstattung lenke den Fokus auf die Gefahren und Probleme, mit denen Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Europa konfrontiert seien, so der Presserat, dem dazu 20 Beschwerden vorlagen.

www.presserat.de Red. ■

Tarifrunde für Filmschaffende

ver.di fordert für die rund 25.000 Film- und Fernsehschaffenden, die für die Dauer von einzelnen Produktionen von Fernseh-/Kinofilmen und Serien angestellt werden, deutliche Verbesserungen bei Gagen und Arbeitszeiten. Zur ersten Tarifverhandlung zwischen der Produzentenallianz und der ver.di FilmUnion am 27. November in Berlin wurden die Forderungen vorgelegt. Dazu zählen unter anderem eine Erhöhung der Wochengagen um 50 Euro. Bei mittleren Gagen von rund 1.000 Euro entspricht das einer Steigerung von fünf Prozent, bei niedrigeren Gagen fällt die prozentuale Steigerung entsprechend höher aus. Künftig sollen zudem Beschäftigte der Beleuchtungs- und Kamerabühnen-Abteilung in die Gagentabelle aufgenommen werden. Für ver.di steht zudem das Thema Arbeitszeit im Fokus. So soll unter anderem die tägliche Arbeitszeit auf zwölf Stunden begrenzt werden. Die Verhandlungen werden am 21. Januar 2016 in München fortgesetzt. Red. ■

ver.di FilmUnion: http://tinyurl.com/ngxnklu

Buchtipp

„Ein Buch kann man weglegen, die Realität nicht"

Seit 1991 arbeitet Karim El-Ghawary als Nahostkorrespondent, seit 2004 ist er Leiter des Büros des Österreichischen Rundfunks ORF in Kairo. Seine Kollegin, Mathilde Schwabeneder, leitet das ORF-Büro in Rom seit 2007. Die beiden Korrespondenten haben sich in dem Band „Auf der Flucht" mit ihren Reportagen zusammengetan, um ein Bild zur Flüchtlingsproblematik rund um das Mittelmer zu zeichnen.

Das Buch ist keine leichte Kost, weder für die Reporter noch für die Leser, wie El-Ghawary zugibt. Er könne es verstehen, wenn die Leser es nach der Hälfte zuklappten, doch „ein Buch kann man weglegen, die Wirklichkeit nicht".

Die Autoren schildern Schicksale aus Syrien und Nordafrika, berichten über Fluchtversuche durch die Wüste und über das oft unterschätzte Mittelmeer, beschreiben das meist vergebliche Bemühen italienischer Strafverfolger, die großen Schlepper und Menschenhändler zu erwischen, die früher selbst oft Flüchtlinge waren. Sie berichten von Hilfsaktionen und ehrenamtlichen Helfern und den behördlichen Hemmnissen und finanziellen Restriktionen in der EU, die den nach jeder Katastrophe mit Hunderten von Ertrunkenen vorgebrachten Vorsatz „Nie wieder darf das passieren" als hohles Gerede erweisen.

Trotz der vielen niederdrückenden Geschichten gibt es auch optimistische Ausblicke: Das oberösterreichische Dorf Großraming, das die Aufnahme von Flüchtlingen zunächst gänzlich ablehnte und dann lernte, umzudenken, wurde zum „gallischen Dorf" – „Eine Gruppe unbeugsamer menschlicher Ehrenamtlicher, allein gelassen von jeglicher staatlicher Unterstützung und von der Politik."

Susanne Stracke-Neumann ■

Karim El-Ghawary / Mathilde Schwabenender:
Auf der Flucht. Reportagen von beiden Seiten des Mittelmeers.
Kremayr & Scheriau. Wien 2015. 188 Seiten, 22 Euro. Auch als E-Book erhältlich.
ISBN 978-3-218-00989-8
http://www.kremayr-scheriau.at/bucher-e-books/auf-der-flucht-763

Unabhängig in Belarus

Belsat sendet aus Warschau mit Unterstützung Polens und der EU

Sie sind als der einzige unabhängige Sender in Belarus bekannt – und der einzige, der auf Belarussisch sendet. Doch die Journalisten von Belsat arbeiten ohne rechtlichen Schutz. Sie werden festgenommen, bezahlen Geldstrafen. Aufgeben kommt auch nach acht Jahren nicht in Frage.

Die grüne Farbe blättert ab von den Wänden im Treppenhaus, die Briefkästen am dem Hauseingang quellen über vor Werbebroschüren. Ein etwas ungepflegtes Wohnhaus im Zentrum von Minsk. Hinter der unauffälligen Wohnungstür im zweiten Stock wird geschnitten, geschrieben, gesprochen. Hier hat das Büro des einzigen unabhängigen Fernsehsenders von Belarus seinen Sitz: Belsat.

Michal Janczuk sichtet gerade das Material, das sein Kollege in der Stadt gedreht hat. Eine Protest-Kundgebung, organisiert von der Opposition. Ein Ereignis, das in den öffentlich-rechtlichen Medien nicht erwähnt wird. „Wir zeigen die Seite von Belarus, die im Staatsfernsehen nicht vorkommen darf", sagt Janczuk. Die öffentlich-rechtlichen Sender im Land sind regimetreu. Der 42-jährige Janczuk leitet Belsat. Jahrelang arbeitete er zuvor in Polen für den Hörfunk. Als Belsat im Dezember 2007 gegründet wurde, stieg der gebürtige Weißrusse sofort ein.

Belsat ist ein transnationaler Sender. Die Reporter und Redakteure arbeiten vor Ort, während Sendestudios, Moderatoren und Redaktionsleitung in Warschau sind. Dort nutzt Belsat die professionelle Infrastruktur der polnischen öffentlich-rechtlichen Sender und die Vorteile des freien Journalismus. Das Projekt wird als ein Beitrag zur Demokratie in Belarus verstanden und von der polnischen Regierung sowie der EU finanziert. Von Warschau aus wird das Signal über Satellit gesendet. Gesendet wird täglich. Etwa ein halbe Million Stammzuschauer im 10-Millionen-Staat Belarus hat der Sender zurzeit, genauso viele greifen gelegentlich auf das Programm zu. Um neue Zuschauer zu gewinnen, weitet Belsat sein Angebot nun auch im Internet aus. Neben Belarussisch wird hier auf Russisch, Englisch und Polnisch publiziert.

Schnittplätze und Studios sind in privaten Wohnungen untergebracht, verstreut über das ganze Land. „Sie können dann nicht die ganze Ausstattung auf einmal beschlagnahmen und alle Kollegen ausschalten", erklärt Michal Janczuk. Sie, das sind der „Sonderdienst" und die Miliz.

Kurz nachdem Belsat gegründet worden war, trat eine solche Situation ein. Alle Kameras und Computer waren weg, einige Journalisten wurden festgenommen. Die Anderen gaben nicht auf. „Wir haben mit Handys gedreht und das Rohmaterial nach Warschau geschickt. In wenigen Stunden hatten wir die Abendausgabe fertig gestellt", erzählt Janczuk. Dieses Ereignis, glaubt er, war ihr Sieg. „Das Regime hat mitbekommen,dass sie keine Chance haben, uns vollständig zu stoppen".

Belsat versteht sich selbst als unabhängig – nicht als oppositionell. Darauf legen die Mitarbeiter Wert. „Die Opposition ist manchmal sauer, dass wir sie nicht genug unterstützen", lächelt Michal Janczak. „Aber wir können die Opposition nicht nur deshalb loben, weil sie Opposition ist. Ein Profi-Journalist muss die Dinge klar benennen. Wenn der Oppositionelle etwas Dummes anstellt, muss das auch gezeigt werden". Die Reporter orientieren sich an westlichen Standards, wollen eine Situation von verschiedenen Seiten beleuchten. Was nicht immer einfach ist. Die belarussischen Oppositionellen treten gern bei Belsat auf. Eine Gegenmeinung zu bekommen ist deutlich schwieriger: Das Regime ignoriert den unabhängigen Sender, selbst gewöhnliche Presseanfragen von Belsat lassen die Behörden unbeantwortet. Er ist in Belarus nicht zugelassen. Mehrmals hat der Sender versucht, sich offiziell registrieren zu lassen – erfolglos, genauso wie die Akkreditierung der Mitarbeiter.

Das Presserecht sieht vor, dass sich nur fest angestellte Journalisten auch Journalisten nennen dürfen. Wer trotzdem journalistisch arbeitet, bricht das Gesetz, egal welche Themen er behandelt. In diesem Jahr wurden Belsat-Reporter festgenommen und zu einer Geldstrafe verurteilt, die einen Beitrag über eine Puppenausstellung gemacht oder einen Fußballspieler aus der Kreisliga interviewt hatten. „In Krisenzeiten, wie vor der Präsidentschaftswahl, liegt bei uns zu Hause immer eine gepackte Reisetasche bereit. Für den Fall, dass wir ins Gefängnis müssen", sagt Janczuk. „Wir sind ein nützlicher Feind." Seit der Krim-Annexion wird Belarus von russischer Propaganda überflutet. Belsat hingegen verstärkt die belarussische Identität und wirkt so der Kreml-Propaganda entgegen – das passt jetzt Lukaschenko. Aber es gibt nicht nur die große Politik. Den Zuschauern seien vor allem die Alltagsthemen wichtig: Frauenrechte, Kultur oder Wirtschaft. Staatliche Sender ließen solche Themen unter den Tisch fallen, so Janczuk. Der Sender, der mit einer kleinen Gruppe von jungen Menschen startete, ist erwachsen geworden – und professionell. 120 Mitarbeiter auf beiden Seiten der Grenze gibt es heute. „Unsere Journalisten bleiben bei uns, trotz schlechter Arbeitsbedingungen und rechtlicher Unsicherheit. Sie sehen, dass es möglich ist, schon jetzt professionell auf Belarussisch zu arbeiten und etwas für das Land zu tun".

Agnieszka Hreczuk ■

Michal Janczuk im Büro von Belsat in Minsk

Foto: Agnieszka Hreczuk

Mord auf offener Straße

Guatemala: Gewaltakte gegen Journalisten bleiben ungeahndet

Foto: Knut Henkel

Transparent der Studentengemeinde für die beiden ermordeten Journalisten Danilo López und Federico Salazar, auf dem zentralen Platz von Mazatenango.

Guatemala gehört zu den gefährlichsten Ländern für Journalisten in Mittelamerika. Im Frühjahr eröffneten Auftragskiller in der Provinzstadt Mazatenango das Feuer auf drei Lokalreporter. Ziel war es, die Stimmen gegen die Korruption zum Schweigen zu bringen – kein Einzelfall.

Marvin Túnchez lenkt den unauffälligen Kleinwagen auf den Parkplatz der Shopping-Mall am Ortseingang von Mazatenango. Aufmerksam blickt der Reporter vom *Kabelkanal 23* sich um, bevor er aus dem Auto steigt und in das Schnellrestaurant tritt. „Weder zuhause noch im Zentrum der Stadt, wo alles passiert ist, will ich über den Mord an Danilo López sprechen", sagt er bestimmt. Marvin Túnchez war dabei und eine der Kugeln, die dem Korrespondenten der Tageszeitung *Prensa Libre* galt, zertrümmerte ihm den Knochen des rechten Oberarms. Zwei bis drei Monate wird es noch dauern bis er wieder vollkommen hergestellt ist. Drei Operationen hat er bereits hinter sich. Seit dem blutigen Attentat vom 10. März 2015 macht er einen Bogen um den zentralen Platz von Mazatenango.

Ein Gedenkstein wurde dort errichtet für Danilo López und seinen Kollegen Federico Salazar, der für den Radiosender *Radio Nuevo Mundo* berichtete. Über der Bank, auf der die beiden Journalisten saßen, als die Killer mit dem Motorrad vorfuhren, weht ein Transparent. Studenten haben es mit dem Konterfei der Reporter versehen und rufen dazu auf, die Pressefreiheit sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung zu verteidigen. Zudem fordern sie von den staatlichen Institutionen ein Ende der Straflosigkeit.

Botschaft an Berichterstatter. Kaum eines der Delikte gegen Journalisten sei bisher in Guatemala geahndet worden, kritisiert die Direktorin der Menschenrechtsorganisation Udefegua, Claudia Samayoa. „Journalisten sind in Guatemala vor allem in den ländlichen Regionen extrem gefährdet. In Suchitepéquez ist die Situation so gravierend, dass wir dort immer wieder Journalisten begleiten". Suchitepéquez heißt der Verwaltungsdistrikt, dessen Hauptstadt Mazatenango ist. Dort hat es in den vergangenen Jahren immer wieder Angriffe auf Journalisten und mehrere Morde gegeben. Drei allein in diesem Jahr, denn mit Guido Giovanni Villatoro wurde noch ein weiterer Fernsehjournalist im März erschossen – von einem Motorrad aus auf offener Straße. Für Claudia Samayoa sind die Morde eine Botschaft an die kritischen Berichterstatter: „Wir kriegen Euch, wenn wir wollen", so die 48-jährige Psychologin. Deren Organisation hat Journalisten wie Danilo beraten, wie sie sich besser schützen können. Ihnen empfohlen verschiedene Wege nach Hause zu nehmen, auch mal die Wohnung zu wechseln. Gebracht hat es nichts. Aber auch Staatsanwalt Orlando López, zuständig für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen in Guatemala-Stadt empfiehlt investigativ arbeitenden Journalisten nichts anderes. Nur wenn konkrete Indizien vorliegen, kann er Personenschutz anordnen. Den hat es bei Danilo López, der hin und wieder auch für *CNN* arbeitete, durchaus gegeben. „Er war immer wieder an brisanten Geschichten dran, hat nach Beweisen gegen korrupte Bürgermeister recherchiert und sich auch mit dem Drogenschmuggel in der Region beschäftigt", sagt Marvin Túnchez.

Im Gegensatz zu López studiert Túnchez neben seiner journalistischen Arbeit. „Ich will Anwalt werden und habe nur noch ein Semester bis zum Examen. Danach ist Schluss mit der Arbeit im Sender", erklärt er. Das hat er sich gut überlegt, denn nach elf Berufsjahren hat er die Nase voll: „Obwohl die Verfassung es anders vorschreibt, ist es der Staat, der die Pressefreiheit immer wieder verletzt".

Kultur des Schweigens. Beamte, Bürgermeister, Polizisten sind es, die Journalisten in Guatemala immer wieder unter Druck setzen und Schutz dagegen gibt es nicht. Das bestätigen auch Analysen der guatemaltekischen Medienorganisation Cerigua, die im ersten Halbjahr 2015 nicht weniger als 59 Angriffe auf Journalisten registriert hat. Sieben tote Journalisten wurden seit 2013 in Guatemala gezählt und das Gros der Opfer stammt aus Suchitepéquez. So wie Carlos Alberto Orellana Cháve, der am 19. August 2013, erschossen wurde. Wenige Tage zuvor überlebte sein Kollege Fredy Rodas schwerverletzt einen Anschlag. 2014 hatte Nery Morales Glück, dass er einem Attentat unverletzt entkommen konnte – ebenfalls in Suchitepéquez.

„Es herrscht in Guatemala immer noch eine Kultur des Schweigens, die uns die Arbeit erschwert. Das ist ein Grund für die niedrige Aufklärungsquote", so Staatsanwalt Orlando López. Dessen Dienststelle könnte mehr Personal vertragen. Doch dazu müsste die Politik die Rahmenbedingungen verändern. Bisher hat die Regierung noch nicht mal das lange angekündigte Programm zum Schutz von Journalisten vorgestellt. Ein Indiz dafür, dass die Sicherheit der Medienvertreter keine Priorität genießt. Immerhin hat López im Oktober die Hintermänner der Morde an Danilo López und Federico Salazar präsentieren können. Darunter zwei Polizisten. Doch die eigentlichen Auftraggeber sind bis heute unbekannt. **Knut Henkel** ■

Fairness für Kreative

UNI-MEI: Generalversammlung in Lissabon

Mehr als 130 Teilnehmer aus 47 Ländern nahmen an der UNI-MEI Generalversammlung „digital | fair | bargain" vom 27./28. Oktober in Lissabon teil, der vierten seit der Gründung der UNI im Jahr 2000. Seit damals ist der Medien-, Unterhaltungs- und Kunstsektor weltweit gewachsen. Gemessen nach Mitgliedschaftsbeiträgen um 20 Prozent und liegt nun knapp unter 200.000 Mitgliedern.

Im Zentrum der Generalversammlung stand die Frage, wie die Gewerkschaften in der Medien- und Unterhaltungsindustrie die Beschäftigten vor dem Hintergrund der technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die die Digitalisierung mit sich bringt, wirksam vertreten und schützen können. Eine Leitfrage dabei: Wie können wir wachsen?

Der Strukturwandel verlange nach einer Neudefinition dessen, was ein „fairer digitaler Deal" für Kreative, Techniker und alle anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist. Für Medien- und Kulturschaffende bringt die digitale Wirtschaft neue Beschäftigungsmöglichkeiten, vernichtet jedoch vielerorts auch Arbeitsplätze. Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbeziehungen verändern sich. Die Prekarisierung der Arbeit wird häufig verstärkt.

Immer wichtiger wird deshalb die Koordinierung der gewerkschaftlichen Arbeit auf nationaler, regionaler und globaler Ebene, um die Rechte der Medien- und Kulturschaffenden zu stärken. Diese Zusammenarbeit kann sich auf Konzerne beziehen, die weltweit tätig sind wie z.B. Amazon, sie kann Medienkonzerne wie Bertelsmann oder Sky betreffen oder Strategien der Digitalkonzerne im Zusammenhang mit ihren Interventionen bei „Frei"-Handelsabkommen. Es geht darum, wirkungsvolle Regulierungsansätze zu entwickeln, die in nationaler und europäischer Gesetzgebung Unternehmen zu einer Politik zwingen, die Arbeitnehmerrechte und damit auch Gewerkschaften als Interessenvertretung der Beschäftigten und als Tarifpartner anerkennt.

Die Beschlüsse von Lissabon sind die Orientierung für die Politik der nächsten vier Jahre. Der Aktionsplan 2020 beinhaltet handlungsorientierte Ziele mit 10 Prioritäten. Ganz vorn stehen Mitgliederwerbung und Entwicklung gewerkschaftlicher Handlungsmöglichkeiten, Gleichstellung der Geschlechter, eine bessere Rechtsetzung im Bereich der Kultur und des Urheberrechts der Medien- und Kulturschaffenden für den audiovisuellen Sektor.

Einen wesentlichen Fortschritt gab es bei der Gleichstellung der Geschlechter. Als erste Sektion der UNI wurde in MEI die vierzigprozentige Quote im Wahlprozess realisiert. 42 Prozent der Vorstandsmitglieder sind Frauen. Gerry Morrisey von der BECTU wurde in seinem Amt als Präsident bestätigt; ebenso Heinrich Bleicher-Nagelsmann als Vizepräsident. Initiativanträge gab es unter anderem zur Rundfunksituation in den Ländern Korea, Indien, Slowenien und dem Vereinigten Königreich. In Großbritannien steht das „Mutterschiff" des öffentlich rechtlichen Rundfunks, die BBC ebenso unter Druck wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Spanien und Ungarn sowie der Ukraine. Deshalb wird ein Tag zur Verteidigung des Rundfunks in Europa und letztlich weltweit für das Frühjahr 2016 vorbereitet. **HBN** ■

Beschlüsse der Konferenz unter: http://tinyurl.com/jxtwgen

AMNESTY INTERNATIONAL

Aktion für Santosh Yadav, Indien

Willkürliche Haft gegen mutigen Journalisten

Für den Rechtsbeistand des indischen Journalisten Santosh Yadav ist die Sachlage eindeutig: „Yadav ist einer der wenigen Journalisten, die über die Polizeigewalt gegen die indigene Volksgruppe der Adivasi berichtet haben. Er ist außerdem Kontaktperson für nationale und internationale Journalisten, seine Arbeit war ausschlaggebend, um die Aufmerksamkeit der Medien auf die Notlage der Adivasi zu lenken."
Yadav ist also kein zufälliges Ziel für Einschüchterung und Verfolgung. Der freie Journalist befindet sich seit dem 29. September im Bundesstaat Chhattisgarh in Zentralindien in Haft. Auch Amnesty International geht davon aus, dass er aufgrund konstruierter Anklagen inhaftiert ist, die im Zusammenhang mit seiner Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei stehen.

Die Behörden werfen Yadav offiziell unter anderem vor, an Aufständen teilgenommen zu haben. Weitere Vorwürfe lauten auf kriminelle Verschwörung, Mord sowie Mitgliedschaft in einer bewaffneten Gruppe, der verbotenen maoistisch orientierten Kommunistischen Partei Indiens. Yadavs Inhaftierung erfolgte unter anderem auf Grundlage eines Sondergesetzes von Chhattisgarh zur öffentlichen Sicherheit und dem Gesetz zur Verhütung rechtswidriger Aktivitäten. Beide Regelungen verstoßen gegen internationale Menschenrechtsstandards und erlauben beispielsweise bis zu sechs Monate lange Untersuchungshaftzeiten. Die indischen Behörden haben bisher keine Beweise für die Beschuldigungen vorgelegt. Dennoch hat ein Gericht Untersuchungshaft gegen Santosh Yadav verhängt und diese bereits verlängert.

Seinem Rechtsanwalt zufolge ist Yadav schon mehrfach Opfer von Schikanen durch die Behörden geworden. So soll er im Juni von Polizisten ausgezogen und geschlagen worden sein. Andere Medienkollegen aus der Region berichten, dass sie regelmäßig aufgrund ihrer Arbeit zur Zielscheibe der Behörden werden. Auch werden Bürgerrechtler in Chhattisgarh immer wieder unter fadenscheinigen Anschuldigungen inhaftiert.

Was können Sie tun?
Schreiben Sie an den Ministerpräsidenten des indischen Bundesstaates Chhattisgarh und fordern Sie die sofortige Freilassung des Journalisten Santosh Yadav sowie ein Ende jeder Einschränkungen der Arbeit von Medienvertretern. Schreiben Sie auf Englisch oder Deutsch an:

MINISTERPRÄSIDENT
Raman Singh
Civil Line
Raipur
Chhattisgarh – 492 001
INDIEN
E-Mail: mail@cmo.cg.gov.in

Senden Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:
BOTSCHAFT DER REPUBLIK INDIEN
S. E. Herrn Vijay Keshav Gokhale
Tiergartenstraße 17, 10785 Berlin
Fax: (030) 2579 5102, E-Mail: dcm@indianembassy.de

Amnesty International
Zinnowitzer Straße 8
10115 Berlin
www.amnesty.de

ver.di

ver.di
Bundesverwaltung
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
www.verdi.de

Leute

Grafik: H. Haubrich

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter:
http://mmm.verdi.de/service

Dr. **Ulrich Andelfinger**, bisher beim SWR Redaktionsleiter der „Landesschau Baden-Württemberg", löste als Leiter des SWR-Studios in Ulm **Matthias Schreiber** ab, der in den Ruhestand ging.

ARTE: Die Präsidentschaft und der Vorsitz der Mitgliederversammlung des Senders wechseln turnusgemäß zwischen Deutschland und Frankreich. Zum 1. Januar 2016 löst **Peter Boudgoust**, Intendant des SWR, als Präsident **Véronique Cayla**, Präsidentin von ARTE France, ab. **Anne Durupty**, Generaldirektorin von ARTE France, folgt als ARTE-Vizepräsidentin auf Dr. **Gottfried Langenstein**, Direktor für europäische Satellitenprogramme des ZDF. **Nicolas Seydoux**, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Kinogruppe Gaumont, löst als Vorsitzender der ARTE-Mitgliederversammlung **Markus Schächter**, Ex-Intendant des ZDF, ab; stellv. Vorsitzender wird Dr. **Thomas Bellut**, Intendant des ZDF.

Axel Springer SE / Bildzeitung: **Kai Diekmann**, Chefredakteur von Bild und Herausgeber der Bild-Gruppe, gibt zum 1. Januar 2016 die Position des Chefredakteurs ab und übernimmt als Herausgeber die Führung des Chefredakteurgremiums. Nachfolgerin als Bild-Chefredakteurin wird **Tanit Koch**, derzeit stellv. Chefredakteurin und Unterhaltungschefin der Bildzeitung. **Nikolaus Blome**, zuletzt beim Magazin Der Spiegel Leiter des Hauptstadtbüros und Mitglied der Chefredaktion, zuvor u. a. in leitenden Funktionen bei Welt und Bild, folgte als stellv. Chefredakteur sowie Ressortleiter Politik und Wirtschaft der Print- und Online-Angebote von Bild auf **Béla Anda**, früher u. a. Sprecher der Bundesregierung und Chef des Bundespresseamtes von 2002 bis 2005, der in die Wirtschaft wechseln will.

Anita Blasberg, bisher Redakteurin im Ressort Dossier der Zeit, und **Dorothée Stöbener**, bislang Leiterin des Reiseteils der Wochenzeitung, wurden Leiterinnen des neuen Ressorts „Z – Zeit zum Entdecken", in dem der Reiseteil aufgeht.

Andreas Bönte, beim BR u. a. Leiter der strategischen Programmplanung und stellv. Fernsehdirektor, trat als kommissarischer Fernsehdirektor die Nachfolge von **Bettina Reitz** an, die Präsidentin der HFF München wurde.

Dirk Borth, Chefredakteur der Peiner Allgemeinen Zeitung, übernahm auch die Chefredaktion der Wolfsburger Allgemeinen Zeitung und der Aller Zeitung; sein Vorgänger **Carsten Baschin** ging in den Ruhestand.

Alice Bota, bislang Redakteurin im Ressort Politik der Zeit, zuständig für Ostmitteleuropa, übernahm die Leitung des Moskauer Redaktionsbüros von **Michael Thumann**, der das Büro seit Juli 2013 kommissarisch leitete.

Joachim Braun, derzeit Chefredakteur des Nordbayerischen Kuriers (Bayreuth), löst zum Frühjahr 2016 als Chefredakteur der Frankfurter Neuen Presse (Frankfurter Societäts-Medien GmbH) **Rainer M. Gefeller** ab, der Ende Juni 2016 in den Ruhestand geht. Beim Nordbayerischen Kurier folgt **Christina Knorz**, derzeit Redaktionsleiterin Religion und Kultur, auf Braun.

Dr. **Johannes Bruggaier**, bisher Leiter der Kulturredaktion der Mediengruppe Kreiszeitung, folgt als Feuilletonchef beim Südkurier auf **Wolfgang Bager**, der in den Ruhestand tritt.

Klaus Commer, langjähriger Leiter der Pressestelle der Universität Dortmund, zuletzt Redaktionsmitglied der Jüdischen Zeitung (Berlin), verknüpft jetzt als freier Autor seine Erfahrungen mit den Themen Wissenschaft, Ruhrgebiet und Israel in seiner agentur commtext.

Werner Dieste gibt sein Amt als Direktor des MDR-Landesfunkhauses in Erfurt „aus gesundheitlichen Gründen" zum Jahresende vorzeitig ab.

Christoph Drösser, langjähriger Redakteur im Ressort Wissen der Zeit sowie Buchautor, gibt seinen Posten bei dem Wochenblatt auf und siedelt sich dauerhaft in San Francisco an, wo er schon seit einem Jahr ein Sabbatical verbringt. Er wird als freier Autor arbeiten, u. a. für die Zeit, in der weiterhin seine wöchentliche Kolumne „Stimmt's?" erscheinen wird.

Jörg Eigendorf, derzeit bei der Mediengruppe WeltN24 Leiter des Investigativ-Teams und Mitglied der Chefredaktion, folgt zum 1. April 2016 als Konzernsprecher und Generalbevollmächtigter der Deutschen Bank auf **Thorsten Strauß**.

Marco Fenske, Sportkoordinator beim RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND/Madsack Mediengruppe), wurde überdies zum Mitglied der RND-Chefredaktion ernannt und leitet damit u. a. die zentrale Sportredaktion.

Johannes Maria Fischer, derzeit Chefredakteur der Lausitzer Rundschau, folgt als Chefredakteur der Thüringer Allgemeinen auf **Paul-Josef Raue**, der den Posten Ende Oktober aufgab.

Sonja Fuhrmann, als Moderatorin diverser Formate bei der ARD tätig, moderiert jetzt bei Phoenix die Sendungen „Vor Ort" und „phoenix Thema".

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint 2015 mit sechs Ausgaben

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke
Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:
Network Media GmbH, Bülowstr. 66, Hof D / Eingang D1, 10783 Berlin
Fax 030 / 740 731 6 –75,
E-Mail anzeigen@nwmd.de
Ansprechpartner: Nicole Stelzner
Leitung Strategische Unternehmens - entwicklung / Verkauf.
Telefon 030 / 740 731 6 – 00
Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 20 gültig ab 1.1.2015

M im Internet
http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57
Titelbild: Hermann J. Haubrich, Berlin
Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,– € einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711 / 700 15 30. Fax: –10
E-Mail: service@verlag-weinmann.de
Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen zahlen 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur"
verantwortlich: Burkhard Baltzer
Tel. 030 / 69 56 – 10 60
„Druck + Papier" verantwortlich:
Helma Nehrlich Tel: 030 / 613 09 664

Redaktionsschluss:
M 6.2015: 18.11.2015
M 1.2016: 15.02.2016
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Ben Gibson, von 2001 bis 2014 Leiter der London Film School, zuletzt u. a. an der Australian Film Television and Radio School in Sidney tätig, wurde zum Direktor und Geschäftsführer der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin (DFFB) berufen; er tritt sein Amt am 15. Februar 2016 an. Sein Vorgänger **Jan Schütte** hatte die DFFB im Herbst 2014 verlassen.

Pit Gottschalk, früher u. a. Sportchef der Welt und Welt am Sonntag sowie Chefredakteur der Sport Bild, zuletzt Management Director für Content Management bei Axel Springer, wird zum Jahreswechsel Chefredakteur Sport für die Tageszeitungen der Funke Mediengruppe und soll am Aufbau des neuen Kompetenzzentrums Sport mitwirken, in dem alle sportjournalistischen Aktivitäten der Mediengruppe zentral von Essen aus gesteuert werden.

Andrea Greuner, bisher u. a. Chefredakteurin der Zeitschriften Style international und MenStyle international sowie Gründerin einer Agentur für Markenberatung und Kommunikation, folgte als Chefredakteurin der Modefachzeitschrift TM TextilMitteilungen (B+B Media Company) auf **Silke Bücker**, die sich als Mitinhaberin einer Agentur selbständig machte.

Steffen Grimberg, zuletzt am Grimme-Institut (Marl) Referent für den Grimme-Preis und zuständig für die neue Sparte Mediendiskurs, wird zum Jahreswechsel, wenn der ARD-Vorsitz vom NDR an den MDR übergeht, Sprecher der ARD. Mit ihm kommen **Sabine Krebs**, bisher Chefin vom Dienst bei ARD-aktuell, und **Bastian Obarowski**, Experte für Social Media.

Francesco Guerrera, der vom Wall Street Journal kommt, wurde beim Fachportal Politico Europe Chefkorrespondent für Finanzthemen; **Kate Day**, zuvor beim Telegraph (London) tätig, wurde Editorial Director Growth.

Christof Haverkamp, bisher bei der Neuen Osnabrücker Zeitung Leiter des Themenbereichs Politik/Wirtschaft, folgt als Chefredakteur der Wochenzeitung Kirche + Leben und des Internetmagazins kirchenseite.de im Bistum Münster auf **Hans-Josef Joest**, der in den Ruhestand tritt.

Linda Hinz, zuletzt Nachrichtenredakteurin bei Focus Online, folgte als Nachrichtenchefin auf **Tom Nollau**, der im August Head of Business Development bei Content Fleet (Hamburg) wurde.

Michael Iggena, bisher stellv. Chefredakteur im Axel Springer Auto Verlag, folgte als Chefredakteur der Zeitschrift Auto Test auf **Olaf Schilling**, der den Verlag verließ. **Bianca Garloff**, bislang stellv. Redaktionsleiterin von Auto Bild Motorsport, löst als Redaktionsleiterin **Katrin Wolff** ab, die ebenfalls ausscheidet.

Philipp Jaklin, bislang leitender Online-Redakteur bei der FAZ, wird zum Jahreswechsel Ressortleiter Wirtschaft beim Weser-Kurier.

Der Verein „Journalisten helfen Journalisten" (JhJ) hat einen neuen Vorstand gewählt. 1. Vorsitzender: **Karl Hoffmann** (freier Journalist, BR); 2. Vorsitzende: **Christiane Schlötzer** (SZ); 3. Vorsitzender: **Ralph Gladitz** (BR, Fernsehen); Schriftführerin: **Helga Montag** (ehem. BR); Finanzen: **Carl Wilhelm Macke** (freier Journalist); Beisitzende: **Jutta Prediger** (BR) und **Tim Neshitov** (SZ).

Anna Koktsidou, u. a. Hörfunk- und Online-Redakteurin bei SWR International, der Fachredaktion für Migrationsthemen, folgt ab Januar 2016 als Integrationsbeauftragte des Senders auf Prof. **Karl-Heinz Meier-Braun**, der in den Ruhestand tritt.

Maria Köpf, bisher Geschäftsführerin und Produzentin der Zentropa Entertainments Berlin, außerdem u. a. Vorstandsmitglied der Deutschen Filmakademie, folgt zum 1. Januar 2016 als Geschäftsführerin der Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein (FFHSH) auf **Eva Hubert**.

Martin Kunz, Chefredakteur des Magazins ADAC Motorwelt, wurde zusätzlich Chefredakteur des ADAC Reisemagazins; Vize ist Dr. **Hartmut Kobrow**, bislang Redakteur bei dem Titel. Der bisherige Chefredakteur Dr. **Joachim Völse** übernimmt in der Tourismus-Abteilung des ADAC eine leitende Funktion.

Susanne Lang, früher u. a. Ressortleiterin bei der taz und der Wochenzeitung Der Freitag, seit 2014 als Freie für G+J tätig, folgt zum Jahreswechsel als Chefredakteurin der Fachzeitschrift Wirtschaftsjournalist auf **Markus Wiegand**, der auch als Chefredakteur der Zeitschrift Schweizer Journalist abtritt. Er wechselt zum Medienfachdienst Kressreport (alle Medienfachverlag Oberauer), den er als Magazin für die Führungskräfte der Medien- und Kommunikationsbranche positionieren soll. **Birte Bühnen** und **Christine Lübbers** verlassen den Kressreport.

Christian Longardt, bisher Co-Chefredakteur der Kieler Nachrichten, wird die Zeitung künftig allein leiten; **Klaus Kramer** verlässt das Unternehmen.

Sven Lorig, Moderator beim „Morgenmagazin" und „Nachtmagazin" der ARD, gehört ab Januar 2016 auch zum Moderatorenteam von „WDR aktuell" (WDR Fernsehen).

Christin Martens, zuletzt stellv. Ressortleiterin Politik und Wirtschaft bei Bild.de, wurde Chefredakteurin der neuen deutschen Ausgabe der Wirtschafts- und Finanznachrichten-Website Business Insider (Finanzen.net / Axel Springer SE).

Matthias Matussek, seit 2013 als Autor und Kolumnist für Die Welt tätig, wurde von der Welt-Gruppe entlassen.

Andreas Mayer, beim SportCombi Verlag Leiter des Wander- und Naturmagazins Wanderlust und der Zeitschrift SportFachhandel, übernahm von **Florian Tausch**, der den Verlag verließ, auch die Chefredaktion des SkiMagazins sowie der Titel Snow und SkiExclusiv.

Iris Mayer, bislang Nachrichtenchefin der dpa in Berlin, wird zum 1. Februar 2016 Co-Chefredakteurin des neu formierten Desks im Newsroom der Schweizer Blick-Gruppe (Ringier).

Angela Meier-Jakobsen, bisher stellv. Chefredakteurin beim Mode-Magazin Grazia (G+J / Klambt Style-Verlag), wird zum Jahreswechsel Chefredakteurin des Frauen-Lifestylemagazins Women's Health (Rodale-Motor-Presse); sie löst in dieser Funktion Gründungschefredakteur **Wolfgang Melcher** ab, der sich auf seine Aufgaben als Publisher von Women's Health und Men's Health konzentrieren wird.

Helmut Reitze legt Anfang 2016 sein Amt beim Hessischen Rundfunk aus gesundheitlichen Gründen nieder. Der Intendant leitete seit 2003 die Geschicke des Senders.

Dagmar Reim gibt ihr Amt als Intendantin des RBB „ausschließlich aus persönlichen Gründen" vorzeitig Ende Juni 2016 ab.

Siegfried Schneider, Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, wurde in der Nachfolge von **Jürgen Brautmeier**, Direktor der Landesanstalt für Medien NRW (LfM), von der Gesamtkonferenz der Medienanstalten zum Vorsitzenden Direktorenkonferenz der Medienanstalten (DLM) gewählt; er wird damit auch Vorsitzender der Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK). Stellv. Vorsitzende sind **Cornelia Holsten** von der Bremischen und **Jochen Fasco** von der Thüringer Landesmedienanstalt.

Barbara Thomaß, Professorin am Institut für Medienwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, wurde als Vorsitzende des Trägervereins der Akademie für Publizistik ebenso wiedergewählt wie der stellv. Vorsitzende **Günther Jesumann**, Journalist und Medientrainer. Neu im Vorstand ist **Patricia Schlesinger**, Leiterin des NDR-Programmbereichs Kultur und Dokumentation.

Anzeigen

SOZIALVERBAND VdK BAYERN

Zukunft braucht Menschlichkeit.

Ob Rente, Behinderung, Gesundheit oder Pflege, Fachkompetenz in allen sozialpolitischen Fragen.

Dr. Bettina Schubarth, Pressesprecherin
Schellingstraße 31 • 80799 München • Tel. 089 / 2117-289
Fax 089 / 2117-280 • b.schubarth@vdk.de • www.vdk-bayern.de

PR-BILD AWARD

Das PR-Bild des Jahres 2015

und 1. Platz in der Kategorie „Produktfoto“

Coca-Cola gewinnt PR-Bild-Award 2015 mit „Togetherness“ – Starfotograf David LaChapelle und Ogilvy France inszenieren die Coca-Cola Glasflasche, eingereicht von fischerAppelt, relations

1. Platz „Tourismus, Freizeit und Sport“
Schweiz Tourismus

1. Platz „Unternehmenskommunikation“
Mammut Sports Group AG

1. Platz „Porträt“
DAHW Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe e.V.

1. Platz „Social Media“
OppoSuits

1. Platz „Event und Messe“
achtung! GmbH

1. Platz „NGO-Foto“
German Doctors e.V.

na•news aktuell
Ein Unternehmen der dpa-Gruppe

news aktuell gratuliert den Gewinnern des PR-Bild Award 2015. Die besten Fotos des Jahres aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. **www.pr-bild-award.de**